Schwerter Zeitung

Die „Schwerter Zeitung" erscheint wöchentlich sechs mal. Bezugspreis halbmonatlich 1.20 Mark, Einzelnummer 10 Pfg. Druck u. Verlag von C. Braus, Schwerte (Ruhr). Postscheckkonten: Dortmund 2352 und Hannover 21 874. Geschäftsstelle: Große Marktstr. 3—5. Verantwortlich für die Schriftleitung H. Linner, Schwerte. Fernruf 62.

Verbunden mit: Schwerter Tageblatt und Anzeiger, Schwerter Volkszeitung, Schwerter Volksblatt

Westhofener Zeitung, Iserlohner Zeitung, Langscheder Zeitung, Holzwickeder Zeitung

Anzeigen-Preise: Für die achtgespaltene Millimeterzeile 6 Pfg., Vorzugszeile 10 Pfg., Reklamezeile 40 Pfg. Für telefonisch aufgegebene Inserate übernehmen wir keine Gewähr. Bei unvorhergesehenen Betriebsstörungen, hervorgerufen durch höhere Gewalten, übernehmen wir keinerlei Gewähr für pünktliches Erscheinen der Zeitung und kann auch keinerlei Anspruch auf Schadenersatz oder Nachlieferung erhoben werden.

Amtliches Kreisblatt für den Kreis Hörde • Erstes und ältestes Tagesorgan des Kreises. • Generalanzeiger für den Kreis Hörde.

Nr. 22 (Erstes Blatt) — Schwerte (Ruhr), Mittwoch, den 27. Januar 1926. — 59. Jahrgang.

Neues in Kürze.

Zur Räumung der sogen. Kölner Zone.

wtb. Koblenz, 27. Jan. (Tel.) Entgegen anders lautenden Meldungen teilt das Reichskommissariat in Koblenz mit, daß die Räumung der sogen. Kölner Zone sich keinesfalls bis zum März, auch nicht bis zum 20. Februar hinziehen wird. Nach Mitteilung von zuständiger Stelle ist nicht nur die militärische Räumung, sondern auch die rechtliche Freigabe der Kölner Zone voraussichtlich schon in den ersten Februartagen zu erwarten. Der genaue Zeitpunkt wird von der Botschafterkonferenz baldigst festgelegt werden.

Abendessen beim Reichspräsidenten.

wtb. Berlin, 26. Jan. (Tel.) Bei dem Herrn Reichspräsidenten fand am Dienstag zu Ehren des diplomatischen Korps ein Abendessen statt, an dem u. a. die hier anwesenden fremden Missionschefs, der Reichskanzler, der Reichstagspräsident und der Reichsminister des Auswärtigen mit ihren Damen teilnahmen.

Beförderungsstellen bei der Post.

vdz. Berlin, 27. Jan. (Tel.) Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost beabsichtigt, wie das Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger aus parlamentarischen Kreisen hört, trotz der vom Ministerium als gespannt erklärten Finanzlage mehrere hundert Beförderungsstellen für den Etat 1926 zu schaffen. Bekanntlich sieht der Reichshaushalt 1926 für die anderen Reichsbeamten auf Grund eines Kabinettsbeschlusses keinerlei Beförderungsstellen vor.

Die Erwerbslosenziffer am 15. Januar.

wtb. Berlin, 26. Jan. (Tel.) Vom 1. bis 15. Jan. stieg die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge von 1 497 516 auf 1 762 305. Die Steigerung beträgt 17,7 v. H. Die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger erhöhte sich von 1 335 943 auf 1 550 706, die der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger von 161 573 auf 211 599, die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterstützungsberechtigte Angehörige) stieg von 1 821 590 auf 2 092 958. Die Steigerung der Zahl der unterstützten Erwerbslosen in der zweiten Hälfte des Dezember betrug rund 435 000 oder 40 Prozent.

Zu der Kreditaktion für die deutsche Landwirtschaft.

wtb. Berlin, 26. Jan. (Tel.) Von maßgebender Seite wird mitgeteilt: Es ist bekannt geworden, daß die zugunsten des Landwirtschaft geplante Kreditaktion der Golddiskontbank und der Rentenbankkreditanstalt von unberufener Stelle benutzt wird, um sich durch Anbieten einer Vermittlung geschäftliche Vorteile zu sichern, die sich auf viele Prozent der gewünschten Darlehens-Beträge beziffern und geeignet sind, den Kredit für den Landwirt in ganz unnötiger Weise und in einem ganz unerträglichem Ausmaße zu verteuern. Es wird nachdrücklichst auf das Treiben solcher Kreise aufmerksam gemacht und davor gewarnt. Die Durchführung der Kreditaktion liegt ausschließlich in den Händen derjenigen Realkreditinstitute, die nach dem Gesetz über die Errichtung der Rentenbankkreditanstalt für den Verkehr mit dieser allein in Betracht kommen, und deren Adresse bei der Rentenbankkreditanstalt zu erfahren ist.

Die deutsch-franz. Handelsvertragsverhandlungen.

wtb. Paris, 26. Jan. (Tel.) In dem heute vormittag unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik abgehaltenen Ministerrat erstattete Handelsminister Daniel Vincent Bericht über den Fortgang der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen. Hierzu erfährt der Vertreter des WTB. in Paris, daß die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen einen normalen Verlauf nehmen. In der vergangenen Woche wurde nur über allgemeine Vertragspunkte (Niederlassung, Sicherstellung von Forderungen, Konsultat, Schiffahrtswesen usw.) verhandelt sowie über eine Anzahl von Punkten, über die man im vergangenen Sommer sich nicht verständigen konnte, eine Einigung erzielt.

Zwangsanleihe oder gehängt werden.

wtb. Paris, 26. Jan. (Tel.) Der Chicago Tribune wird aus Athen gemeldet, General Pangalos habe ein Dekret veröffentlicht, durch das jedem Schriftleiter und Mitarbeiter einer Zeitung verboten wird, gegen die Zwangsanleihe, die 25 Prozent vom Wert des mobilen Kapitals ausmacht, zu schreiben. Wer dieses Verbot überschreitet, soll gehängt werden.

Ausdehnung des Kurdenaufstandes.

wtb. Paris, 26. Jan. (Tel.) Nach einer Havasmeldung aus Beirut gewinnt der Aufstand der Kurden an Boden. Die Brücke von Batman sei zerstört worden. 250 türkische Soldaten seien bei den Kämpfen in der Gegend von Bitlis verwundet und ins Hospital von Seberak gebracht worden.

Mittelhauser übernimmt das Kommando in Marokko.

wtb. Prag, 26. Jan. (Tel.) Der Chef der französischen Militärmission, General Mittelhauser, der in seiner Eigenschaft als Generalstabschef der Tschechoslowakei jüngst durch einen andern General ersetzt wurde, und zum technischen Berater und Minister für nationale Verteidigung ernannt war, verläßt Prag, um das Armeekommando in Marokko zu übernehmen.

Brand auf einem amerikanischen Militärflugplatz.

wtb. Washington, 26. Jan. (Tel.) Auf dem Armeeflugplatz in Bollingfield wurden durch einen Brand 9 Flugzeuge, 12 unmontierte Liberty-Motore, sowie die Flughalle zerstört. Man nimmt an, daß das Feuer auf eine fehlerhafte Anlage der elektrischen Leitung zurückzuführen ist. Der Schaden wird auf 350 000 Dollar geschätzt.

Das Programm des neuen Kabinetts.

Das zweite Kabinett Luther vor dem Reichstag.

vdz. Berlin, 26. Jan. (Tel.) Am Regierungstisch Reichskanzler Dr. Luther, Außenminister Dr. Stresemann, Innenminister Dr. Külz, Finanzminister Dr. Reinhold, Wehrminister Dr. Geßler, Arbeitsminister Dr. Brauns, Wirtschaftsminister Dr. Curtius, Verkehrsminister Dr. Krohne, Postminister Stingl, Ernährungsminister Dr. Haslinde, Justizminister Dr. Marx. Das Haus und die Tribüne sind stark besetzt, ebenso die Diplomatenloge. Präsident Loebe eröffnet die Sitzung um 2.20 Uhr. Auf der Tagesordnung steht ein einziger Punkt: die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung. Reichskanzler Dr. Luther nimmt sofort das Wort. Die Kommunisten begrüßen ihn mit lärmenden Rufen, u. a. hört man: „Geßler raus!"

Reichskanzler Dr. Luther

führte aus: Die jetzt dem Reichstage vorgestellte Reichsregierung ist gemäß einem Auftrage des Herrn Reichspräsidenten gebildet worden, nachdem die Deutschnationale Volkspartei aus der bisherigen Regierung ausgeschieden war und die Versuche zur Bildung einer Regierung der Großen Koalition mißlungen waren. Um trotzdem eine parlamentarisch gestützte, wenn auch nur von einer Minderheit des Reichstags getragene Reichsregierung zustande zubringen, haben sich die Fraktionen des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Deutschen Demokratischen Partei und der Bayrischen Volkspartei zu einer **Koalitionsregierung der Mitte** zusammengeschlossen. Es wird Sache des hohen Hauses sein, verantwortlich darüber zu entscheiden, ob es der Aufnahme der sachlichen Arbeit durch diese Mitte-Regierung die Vertrauensgrundlage geben will. Schon am 19. Januar 1925, als ich dem hohen Hause eine Mehrheitsregierung vorstellen durfte, habe ich um Mithilfe der außerhalb der Regierung stehenden Parteien nachgesucht, die in staatsbejahendem Sinne praktische Mitarbeit leisten wollen. Die Regierung, die ich heute dem hohen Hause vorzustellen berufen bin,

ist als Mitte-Regierung auf die Mithilfe nicht nur der zur Regierung gehörenden Parteien grundsätzlich angewiesen; sie erbittet diese Mithilfe, damit sie in einer schwierigen außenpolitischen Lage und einer Wirtschaftskrise von größtem Ausmaße die Geschäfte des Reiches sachgemäß und zum Nutzen des Volkes führen kann.

In der Außenpolitik ist der Weg, den die Reichsregierung zu gehen hat, durch den am 1. Dezember 1925 in London abgeschlossenen Vertrag von Locarno und durch die allgemeinen Richtlinien, die ich in meiner Reichstagsrede vom 23. November 1925 ausgesprochen habe, bestimmt. Die wichtigste Entscheidung der Reichsregierung wird den **Eintritt Deutschlands in den Völkerbund betreffen.** Die jetzt zurückgetretene Geschäftsführende Reichsregierung hatte gemäß der Entschließung des Reichstages vom 25. November 1925 unablässig an der Weiterentwicklung der Abmachungen von Locarno gearbeitet, insonderheit zugunsten des besetzten Gebiets. Ich nehme an, daß die bevorstehende Beratung des Haushaltsplans des Auswärtigen Amtes zu eingehender Aussprache hierüber und über die Außenpolitik überhaupt Gelegenheit geben wird. Es erscheint der Reichsregierung empfehlenswert, hierbei alle Einzelfragen der Außenpolitik im hohen Hause zu erörtern und die vorliegenden Anträge, Interpellationen und Anfragen einzubeziehen. Meinerseits möchte ich heute nur auf eine Frage hinweisen, die zunächst im Mittelpunkt der Erörterung steht, das ist die Frage der

Besatzungsstärke in der 2. und 3. Zone.

Hierüber hat die dem hohen Hause bekannte Note der Botschafterkonferenz vom 14. November 1925 vorgesehen, daß eine fühlbare Ermäßigung der Truppenzahl eintreten soll und zwar so, daß die künftige Besatzungsstärke sich den normalen Ziffern nähere. Der Begriff der normalen Ziffer kann nicht anders aufgefaßt werden als gleichbedeutend mit dem Begriff der deutschen Friedenspräsenzstärke in den in Betracht kommenden Gebieten, die seinerzeit in den amtlichen deutschen Veröffentlichungen ohne Widerspruch der in der Botschafterkonferenz vertretenen Mächte hervorgehoben worden ist. Dem entsprechen die Schritte der deutschen Regierung in dieser Frage. Die Verhandlungen hierüber mit den beteiligten fremden Regierungen sind in lebhaftem Gange. Die Reichsregierung gibt sich der Erwartung hin, daß sie ebenso wie dies in einer Reihe bereits erledigter Fragen geschehen ist, zu dem von uns gewünschten Ergebnis führen.

Was die Innenpolitik betrifft,

so verweise ist neben der grundsätzlichen Stellungnahme der Reichsregierung zu den Fragen der Verfassung und zu den Beziehungen zwischen Reich und Ländern auf die Erklärung, die ich am 19. Januar 1925 in diesem Hause abgegeben habe. Auf diese Erklärung berufe ich mich auch wegen der grundsätzlichen Regierungseinstellung zum Beamtentum und Beamtenrecht und zu den Fragen unserer auf christlicher Grundlage beruhenden Kultur. Auf dem Gebiete der **Schulpolitik** wird die Reichsregierung die Lösung anstreben unter Wahrung der in der Verfassung gewährleisteten Gewissensfreiheit und unter Berücksichtigung der Elternrechte. Die Reichsregierung gedenkt eine **Verbesserung unserer Wahlgesetzgebung** ernsthaft in Angriff zu nehmen. Die vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit den früher regierenden fürstlichen Familien bedarf einer möglichst baldigen reichsgesetzlichen Regelung, wobei die Reichsregierung dem deutschen Volke die Unruhe eines Volksentscheides ersparen möchte. Die gesamte Regierungs- und Verwaltungstätigkeit, ganz gleichgültig, ob es sich um die Weiterverfolgung der allgemeinen Reformgedanken, um gesetzgeberische oder sonstige Pläne oder um die laufende Arbeit handelt, muß von dem Grundsatz beherrscht sein, daß die sämtlichen Ausgaben auf ein Mindestmaß herabgesetzt werden. Der feste Wille zu solch grundsätzlicher Sparsamkeit, der seine Wurzeln in stärkstem vaterländischen Verantwortlichkeitsgefühl findet, muß sich, wenn wir einen Ausweg aus der Bedrängnis der Gegenwart finden sollen, nicht nur in der Verwaltung des Reichs, sondern in gleichem Maße auch bei den Ländern und Gemeinden auswirken.

Die Lage, in der die Regierung die Geschäfte des Reichs übernimmt, ist gekennzeichnet durch eine **Wirtschaftskrisis von außerordentlichem Ausmaß.** Ihre Ueberwindung ist die dringende Aufgabe der Gegenwart. Es bedarf dazu der Aufwendung aller geistigen und sittlichen Kräfte, der ganzen Arbeitsamkeit und Sparsamkeit unseres Volkes.

Die Regierung ihrerseits wird mit allem Ernst und allem Nachdruck auf finanz-, wirtschafts- und nicht zuletzt sozialpolitischem Gebiet alles tun müssen, was möglich ist, um die Erstarkung der Wirtschaft zu fördern und die Not weitester Volkskreise zu lindern.

Alle Bemühungen um Verminderung der öffentlichen Abgaben finden auch bei größter Beschränkung der Ausgaben ihre Begrenzung in den durch die Verarmung unserer Wirtschaft geschaffenen Tatsachen und in den Hemmungen, die wir infolge unserer politischen Gesamtlage auf uns nehmen müssen. Gerade deshalb ist die Erhebung jedes Uebermaßes an Steuern sorgfältig zu vermeiden und sind Härten nach aller Möglichkeit auszugleichen, damit die Gesamtbelastung wirtschaftlich tragbar und sozial gerecht ist. Die Reichsregierung wird demgemäß mit der durch die Lage der Wirtschaft gebotenen Beschleunigung sich um den **Abbau wirtschaftlich hemmender und damit preissteuernder Steuern weiter** bemühen, deren Schwere letzten Endes die breiten Massen der Bevölkerung trifft. Um auch in diesem Zusammenhang die Eigenverantwortung der Länder und Gemeinden zu stärken, soll für die **Einkommensteuer ab 1. April 1927** die Ueberweisung durch Zuschläge abgelöst werden. Dabei ist aus finanziellen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten im Auge zu behalten, daß die einzelnen Steuern in einem richtigen Verhältnis zueinander bleiben müssen, daß ungedeckte Ausgaben nicht gemacht werden dürfen und keinerlei Hinableiten in inflatorische Maßnahmen in Betracht kommen kann.

Die Bereitstellung von öffentlichen Geldern für die Belebung der Wirtschaft ist naturgemäß sehr eng umgrenzt und darf grundsätzlich den Rahmen einer produktiven Erwerbslosenfürsorge nicht überschreiten. Die Reichsregierung möchte mit Beschleunigung **bäuerliche und Arbeitersiedelungen in den volksarmen Teilen des Ostens fördern.** Die allgemeinen Siedelungspläne sollen hierdurch nicht berührt werden. Für die **Förderung des Wohnungsbaues** sind der Reichsregierung Beratungen, die mit Vertretern der Länderregierungen kürzlich im Reichsarbeitsministerium stattgefunden haben, wertvoll. Namentlich müßten Wege gefunden werden, der nicht abzuleugnenden Ueberteuerung des Bauens zu begegnen. Die Reichsregierung hofft, von den Länderregierungen bei der Verwendung der Hauszinssteuer in diesen Bestrebungen unterstützt zu werden, und bemüht sich ihrerseits besonders um die Erleichterung langfristigen Hypothekarkredits. Ueberhaupt wird die Reichsregierung mit aller Energie auf eine Besserung der Kreditbasis der Wirtschaft hinarbeiten. Unsere Wirtschaft braucht billigeren und langfristigeren Kredit. Die Reichsregierung denkt dabei besonders auch an die **Landwirtschaft,** deren Notlage sie mit großer Sorge verfolgt. Durch die bereits in der Durchführung begriffene Kreditaktion der Golddiskontbank wird der Landwirtschaft über die Rentenbank-Kreditanstalt ein beträchtlicher Zwischenkredit alsbald zugeführt werden. Die Regierung ist sich darüber klar, daß mit Krediten allein nicht geholfen werden kann, wenn nicht gleichzeitig auch mit anderen Mitteln die Landwirtschaft ertragsfähig gemacht wird. Maßnahmen zur Steuerung der allgemeinen Not in der Landwirtschaft sind in Vorbereitung und sollen in Verbindung mit den verschiedenen landwirtschaftlichen Organisationen betrieben werden. Wenn es auch hier, genau wie in den anderen wirtschaftlichen Kreisen, ein Allheilmittel nicht gibt, so ist die Reichsregierung doch davon durchdrungen, daß die Erhaltung und, so weit wie möglich, die Förderung der Produktionsfähigkeit der Landwirtschaft eine Lebensfrage des deutschen Volkes ist.

Neben die notwendige Stärkung des inneren Marktes tritt mit gleicher Bedeutung das

Erfordernis einer Steigerung der Ausfuhr.

Die gesamten Handelsvertragsverhandlungen, die ohne Unterbrechung fortzusetzen sind, müssen mit dem Ziele geführt werden, zur Befruchtung des allgemeinen Wirtschaftslebens die Wiederherstellung eines lebhaften Warenaustausches auf der Welt zu ermöglichen. Hierbei muß in erster Linie darauf hingewirkt werden, daß die leider noch teilweise bestehende Schlechterstellung deutscher Waren im Vergleich mit den Waren anderer Länder auf ausländischen Märkten beseitigt wird. Angesichts der hohen Zölle die im Auslande vielfach gelten, müssen die deutschen Zölle bei den Verhandlungen dazu verwendet werden, unter Wahrung der deutschen Lebensnotwendigkeiten den Gesamtstand der europäischen Zölle möglichst herabzudrücken. Auch außerhalb der Handelsverträge wird die Reichsregierung jede ernsthafte Absicht, eine Annäherung der einzelstaatlichen Wirtschaften durch allgemeine zwischenstaatliche Abmachungen zu verwirklichen, mit allen Kräften fördern. Die Reichsregierung ist weiter bereit, zu prüfen, ob und wie in Fortsetzung schon ergriffener Maßnahmen unsere Ausfuhr auf neuartigen Wegen erleichtert werden kann. Die besonderen Verhältnisse, die sich aus der Entwicklung der Wirtschaftslage in anderen Ländern ergeben haben und für einzelne deutsche Wirtschaftszweige, so besonders für Kohle und Eisen, sehr fühlbar geworden sind, erfordern die besondere Aufmerksamkeit der Reichsregierung.

Soweit die schwere Wirtschaftskrise, die wir durchlaufen, eine allgemeine Krise ist, müssen die Hemmungen beseitigt werden, die der Selbstheilung durch die wirtschaftseigene Kraft noch entgegenstehen. Dabei denkt die Reichsregierung nicht etwa an ein übergespanntes Eingreifen der Behörden. Sie ist aber davon überzeugt, daß die schon vor langer Zeit wirksam eingeleitete

Preissenkungsaktion mit Nachdruck fortgesetzt werden muß, um die Wirtschaft von übermäßigen Preisbelastungen zu befreien

und dadurch die gesunden Kräfte der Großwirtschaft wie des gewerblichen Mittelstandes in ihrer Lebensfähigkeit zu stärken. Besonders wichtig ist die alsbaldige **Verabschiedung eines Gesetzes über die Beseitigung der Geschäftsaufsicht.** Die Reichsregierung erblickt in der Durchführung von Maßnahmen, die die deutsche Gesamtwirtschaft von allen Ursachen der Ueberteuerung befreit, eine unerläßliche Voraussetzung für den Wiederaufstieg Deutschlands. Sie ist sich bewußt, daß der Erfolg ihrer verwaltungstechnischen und gesetzgeberischen Tätigkeit in vieler Hinsicht sehr wesentlich von der freiwilligen Mitarbeit der Erwerbsstände abhängt. Die zurückgetretene Regierung hat diese Mitarbeit in erheblichem Umfange gefunden. Das neue Kabinett wird in gleichem Sinne weiterarbeiten. Es ist bereit, wegen der zu ergreifenden Einzelmaßnahmen auch die in Gang befindlichen gesetzgeberischen Entwürfe bei der Vertretung der Erwerbsstände erneut zu erörtern. Der unverrückbare Zweck der Preissenkungsmaßnahmen neben der Gesundung des Wirtschaftslebens ist die Erleichterung der Lebenslage der Arbeiter und der sonstigen Bevölkerungsteile mit geringem Einkommen.

In Erfüllung einer besonderen Aufgabe **der Sozialpolitik**

wird die Regierung ein **Arbeiterschutzgesetz** einbringen, das die Bestimmungen über den Arbeiterschutz einheitlich zusammenfaßt und die Arbeitszeit neu regeln wird. Die Reichsregierung hält die von der früheren Regierung wegen der Ratifikation des Washingtoner Abkommens abgegebene Erklärung aufrecht. **Das Inkrafttreten einer international geregelten Arbeitszeit für Deutschland muß von dem gleichzeitigen Inkrafttreten in England, Frankreich und Belgien abhängen.** Auch das einheitliche Arbeitsrecht bedarf der tatkräftigen Förderung durch die Reichsregierung, die zu diesem Zweck das zurzeit dem Reichsrat vorliegende **Arbeitsgerichtsgesetz** weiter verfolgen wird.

Die gesetzliche Regelung der Erwerbslosenfürsorge ist angesichts der großen Zahl der Erwerbslosen mit Beschleunigung zu betreiben. Vor wenigen Wochen sind die Bedingungen für die Verzinsung und Tilgung der Reichsdarlehen für die Notstandsarbeiten an die Kommunen und anderen Verbände wesentlich erleichtert worden. Auch ist der Anteil des Reiches und der Länder an den Kosten dieser Arbeiten erhöht worden. Ihre besondere Aufmerksamkeit wird diese Regierung der **Kurzarbeiterfrage** als dringendste Frage des Tages zuwenden und feststellen, ob eine Linderung der Not der Kurzarbeiter möglich ist unter gleichzeitiger Ausschaltung der wirtschaftlichen Nachteile, die von der Kurzarbeiterunterstützung befürchtet werden. Die Regierung hofft bestimmt, daß sich eine solche Lösung finden läßt und dem Reichstage eine entsprechende Vorlage alsbald unterbreitet werden kann. Die wirkungsvollsten Maßnahmen zur Behebung der Arbeitslosigkeit bleiben dabei immer solche, die der deutschen Wirtschaft einen Antrieb zu innerlich gesunder Arbeit geben. Auch um dieses Zieles willen muß die deutsche Gesamtpolitik auf die Herstellung und Festigung eines wirklichen europäischen und Weltfriedens eingestellt sein.

*

Damit habe ich in großen Zügen, ohne auf Einzelheiten einzugehen und ohne irgendwie erschöpfend zu sein, die Aufgaben umrissen, vor die das neue Kabinett gestellt ist und die es im Vertrauen auf die Unterstützung dieses hohen Hauses und des gesamten Volkes zu lösen sich bestreben wird. **Das Gebot der Stunde ist, mit dem klaren Ziel der Wiederaufrichtung der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes nach innen und nach außen praktische Maßnahmen in sachlicher Arbeit zu ergreifen. Lassen Sie uns an die gemeinsame Arbeit im Dienste des Vaterlandes gehen, um die großen Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage zu überwinden. Je entschlossener und tatkräftiger alle Teile des Volkes diese Arbeit unterstützen, desto eher wird Deutschland die Stellung in der Welt erreichen, die der Größe und Tüchtigkeit seines Volkes gebührt."**

Die **Kommunisten** unterbrachen die Kanzlerrede wiederholt mit lauten Zurufen, besonders bei den Ausführungen über die christliche Grundlage unserer Kultur, über die geplante Wahlreform und über die Fürstenabfindung. Die **kommunistischen Abgeordneten Höllein und Thälmann** wurden wegen beleidigender Zurufe vom Präsident Löbe **zur Ordnung gerufen.**

Als der Kanzler von der Fürstenabfindung sprach, riefen die Völkischen: Wo bleiben die Juden? Abg. Höllein (Komm.) ruft laut: Wie steht es mit der Mietserhöhung? Er wird vom Präsidenten zum zweiten Male zur Ordnung gerufen. Abg. Rädel (Komm.), der laute Zurufe macht, erhält gleichfalls einen Ordnungsruf. Die Erwähnung der Preissenkungsaktion wird von den Kommunisten mit lautem Gelächter begleitet.

Am Schluß der Rede kommen Bravorufe aus der Mitte, die Kommunisten und die Völkischen zischen.

Präsident Löbe schlägt vor, die **Aussprache** über die Regierungserklärung **am Mittwoch,** 1 Uhr zu beginnen.

Abg. **Schulz**-Bromberg (DN.) beantragt, mit der Aussprache einen deutschnationalen Antrag zuverbinden, der den Eintritt in den Völkerbund von bestimmten Bedingungen abhängig machen will.

Diese **Aenderung der Tagesordnung** wird unter großer Heiterkeit **mit den Stimmen der Mehrheit gegen die in der Regierung vertretenen Parteien beschlossen.**

Abg. **v. Gräfe** (Völk.) wünscht den sofortigen Beginn der Aussprache. Bei der gänzlichen Inhaltslosigkeit und Programmlosigkeit der Kanzlerrede sei die Aussprache sehr schnell zu erledigen. (Heiterkeit).

Gegen die Stimmen der Völkischen wird der Vorschlag des Präsidenten angenommen.

Die Sitzung wird um 3 Uhr geschlossen.

*

Das Programm der Aussprache.

vdz. **Berlin,** 26. Jan. (Tel.) Wie das Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger aus parlamentarischen Kreisen hört, werden bei der großen politischen Debatte am Mittwoch und Donnerstag die einzelnen Fraktionen je zwei Redner vorschicken, die nach den Beschlüssen des Aeltestenrates insgesamt nur anderthalb Stunden Redezeit erhalten. Die 4 Regierungsparteien werden in der ersten Rednerreihe eine gemeinsame Erklärung durch den Abg. Fehrenbach (Ztr.) abgeben lassen. Auch in der zweiten Rednerreihe wird nur ein Vertreter der Regierungsparteien sprechen. Sie werden dann am Schluß der Aussprache eine Billigungsformel für die Regierung einbringen.

Mißtrauensanträge gegen die Reichsregierung.

vdz. **Berlin,** 27. Jan. (Tel.) Die völkische Reichstagsfraktion hat folgenden Mißtrauensantrag eingebracht: Die Reichsregierung besitzt nicht das Vertrauen des Reichstags. Für den Fall der Ablehnung dieses Antrages lautet der Antrag weiter: Der Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Stresemann, besitzt nicht das Vertrauen des Reichstages.

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat folgenden Mißtrauensantrag eingebracht: Die Regierung Luther-Stresemann besitzt nicht das Vertrauen des Reichstages.

Die völkische Reichstagsfraktion hat weiter folgenden Antrag eingebracht, der mit der Besprechung der Regierungserklärung verbunden werden soll: Die Reichsregierung zu ersuchen, mit Rücksicht auf die katastrophale Wirtschaftslage und die wachsende Not des schaffenden deutschen Volkes alsbald die Zahlungen aus dem Dawes-Plan einzustellen und die hierfür bestimmten Summen zur Linderung der Not und der Arbeitslosigkeit des deutschen Volkes zu verwenden, und mit Rücksicht auf das Ausbleiben der in Aussicht gestellten sogenannten Rückwirkungen des Locarno-Vertrages von der Ermächtigung des Eintritts in den Völkerbund keinen Gebrauch zu machen.

Das deutschnationale Mißtrauensvotum beschlossen.

vdz. **Berlin,** 26. Jan. (Tel.) Die deutschnationale Reichstagsfraktion verhandelte in ihrer sich über fünf Stunden hinziehenden Sitzung über die Lage, die durch die Regierungserklärung entstanden ist. Die Fraktion beschloß, morgen, Mittwoch, im Reichstag ein Mißtrauensvotum gegen die zurzeit sich präsentierende Reichsregierung einzubringen.

Die Entwaffnung Deutschlands.

Einwendungen der Entente.

wtb. **Paris,** 27. Jan. (Tel.) Der Berichterstatter der Agentur Havas in London beschäftigt sich mit dem **Bericht des Vorsitzenden der Interalliierten Militärkontrollkommission in Berlin, General Walsh, an den Vorsitzenden des Interalliierten Militärkomitees in Versailles, Marschall Foch,** hinsichtlich der schwebenden Entwaffnungsfragen, über die im Monat November 1925 in der Botschafterkonferenz verhandelt wurde. Er bespricht die seinerzeit aufgestellten vier Listen und stellt fest, daß die in den beiden ersten Listen enthaltenen Verpflichtungen erfüllt sind, während die Erfüllung der in Liste 3 enthaltenen Verpflichtungen viel zu wünschen übrig lasse und die erzielten Fortschritte nicht genügen, um zu dem Urteil zu kommen, daß Deutschland sein Versprechen für den 15. November 1925 gehalten habe.

Bezüglich der Liste 4 seien sich die alliierten Kontrollorgane darüber einig, daß die von Deutschland erwarteten Vorkehrungen so verzögert worden seien, daß man gerade die Erfüllung der Klauseln, die im November vorigen Jahres den Gegenstand der besonderen Erörterung gebildet hätten, für augenblicklich gleich Null betrachten könnte. Liste 4 umfaßt bekanntlich die **Organisation der Polizei, die Stellung des Oberkommandos,** das Verbot **des Gebrauchs gewisser Waffen zu Ausbildungszwecken, die Artillerie von Königsberg und die militärischen Vereinigungen.** Außerdem ist schon gesagt worden, die Deutschen würden neuerlich eine Erörterung über die Opportunität der Reform, die man übereingekommen sei, durch Rundschreiben, Verfügungen oder Gesetze vorzunehmen, einleiten und gewisse bereits erledigte Fragen, wie die der Zahl der Polizeistreitkräfte wieder zur Erörterung stellen. So wünschen sie ein weiteres Kontingent von mindestens 5000 Mann zur Verstärkung der Polizei in den Brückenköpfen und an der Ost- und Westgrenze zu erhalten, was darauf hinauslaufen würde, auf gewisse strategische Punkte wahre Deckungstruppen zu stellen. Wenn man auch den Gedanken, daß der gute Wille Deutschlands nicht vollständig ist, nicht ganz ausschließen kann, so ist man doch der Ansicht, daß das Nichtvorhandensein eines Ministeriums in Deutschland als Entschuldigung angesehen werden kann, die zum Teil den Verzug Deutschlands rechtfertigt. Das Ministerium ist erst am 20. Jan. gebildet und den leitenden Beamten wird es bis zu diesem Augenblick in gewissem Maße möglich gewesen sein, die Verantwortung zu übernehmen.

Dies ist, so fährt der Berichterstatter von Havas in London fort, **die Ansicht der Interalliierten Militärkontrollorgane:** Die deutschen Behörden haben sich zwar nicht systematisch geweigert, aber Einwände erhoben oder ungenügende Anerbieten gemacht und sich gesträubt, sich durch gesetzliche Texte zu binden. Soviel man weiß, ist Grund zu der Annahme vorhanden, daß der Kommentar des Berichtes Walsh, der den technischen Ausführungen beiliegt, die Lage ohne Pessimismus aber mit gewisser Zurückhaltung beurteilt. Der deutsche Widerstand besteht in der Tat bei Punkten, von denen gewisse am 15. November hätten gelöst werden müssen, also zu einem Zeitpunkt, da das Ministerium Luther-Stresemann noch am Ruder war, denn es ist erst am 5. Dezember zurückgetreten. Jedenfalls ist anzunehmen, daß wegen der Verzögerung Deutschlands, die sowohl ihm und den alliierten im November vorigen Jahres getroffenen Vereinbarungen auszuführen, die Interalliierte Kontrollkommission wird warten müssen, bis die deutschen Behörden sie in den Stand setzen, die Aufgabe zu erfüllen, deren komplizierte Fragen eine ziemlich beträchtliche Verlängerung des Aufenthalts der Kontrolloffiziere in Berlin vermuten lassen, einen Aufenthalt, den die alliierten Regierungen wie man sich erinnert, sich bemüht hatten, abzukürzen, indem sie die Zurückziehung der Kontrollkommission für einen Zeitpunkt ins Auge gefaßt hatten, der mit der Räumung der Kölner Zone zusammenfallen sollte.

Der deutsche Standpunkt.

Anmerkung des WTB.:

Der vom Londoner Berichterstatter der Agentur Havas veröffentlichte Bericht über den Stand der Entwaffnungsfrage, der sich an einem angeblichen Bericht des Generals Walsh anlehnt, ist **in dieser Form nicht zutreffend.** Die Durchführung der im Herbst vorigen Jahres zur Regelung der Entwaffnungsfrage zwischen der deutschen Regierung und der Botschafterkonferenz getroffenen Abmachungen ist vielmehr in der Zwischenzeit von der deutschen Regierung so energisch gefördert worden, daß die Regelung des größten Teils aller Punkte bereits abgeschlossen ist oder doch vor dem Abschluß steht. Insbesondere ist auch die Durchführung der hinsichtlich der fünf besonders schwierigen Punkte getroffenen Vereinbarung von der deutschen Regierung in der Zwischenzeit in die Wege geleitet worden. Wenn tatsächlich auf dem Gebiete der eigentlichen Entwaffnung über die Regelung einiger weniger Fragen eine Einigung noch nicht erzielt werden konnte, so ist zu betonen, daß bei Anwendung des in der Note vom 16. November vorigen Jahres zugesagten Entgegenkommens eine befriedigende Regelung mit Sicherheit zu erwarten ist, zumal es sich hierbei zum großen Teil nicht um materielle Differenzen, sondern lediglich um Erörterungen über formale Fragen handelt.

Die hinsichtlich der **Umorganisation der Polizei** im Herbst vorigen Jahres getroffenen Abmachungen sind von den Regierungen der Länder gebilligt worden. Diese sind unverzüglich daran gegangen, die für den Ausbau der neuen Organisation erforderlich werdenden umfangreichen Maßnahmen vorzubereiten. Wenn trotzdem in der Erledigung der die Polizei betreffenden Fragen eine gewisse Verzögerung eingetreten ist, so trifft die Verantwortung hierfür nicht die deutsche Regierung. Diese Verzögerung ist vielmehr lediglich darauf zurückzuführen, daß die noch schwebenden Besprechungen mit der Botschafterkonferenz über die Polizeibeamten im besetzten Gebiet noch nicht ganz zum Abschluß gelangt sind. In diesen Verhandlungen werden von der deutschen Regierung keine über die getroffenen Vereinbarungen hinausgehende Forderungen erhoben, da die Nichteinrechnung der Polizeistärken des besetzten Gebietes in die Zahl von 150 000 Mann bereits in der Note der Botschafterkonferenz vorgesehen ist. Die Behauptung, daß die deutsche Regierung eine unverhältnismäßig starke polizeiliche Belegung durchführen wolle, ist völlig unbegründet. Die Verteilung der Polizei erfolgt lediglich nach polizeilichen Gesichtspunkten, d. v. sie wird bestimmt durch die Bevölkerungsdichte, Verteilung der Industrie und ähnliche Gesichtspunkte. Uebrigens ist über die Zahl der Polizeibeamten im besetzten Gebiet an sich eine grundsätzliche Einigung mit der Botschafterkonferenz bereits erzielt. Zur Erörterung steht lediglich die Frage der Einrechnung in die Gesamtstärke von 150 000 Köpfen. Nach Klärung dieser Frage wird auch die endgültige Regelung aller die Polizei betreffenden Fragen mit solcher Beschleunigung erfolgen können, daß die Interalliierte Militärkontrollkommission nach Ansicht der deutschen Regierung ihre Tätigkeit noch im Laufe des nächsten Monats zum Abschluß bringen kann.

Politische Umschau

Keine Putschabsichten.

wp. **Berlin,** 26. Jan. (Tel.) Die Gerüchte, daß für morgen, dem Geburtstage des ehemaligen Kaisers, von rechtsradikaler Seite ein Putsch geplant sei, entbehren, wie das Berliner Tageblatt von zuverlässiger Seite erfährt, jeder Begründung.

Die Reise des Reichspräsidenten in das befreite Gebiet.

wp. **Koblenz,** 26. Jan. (Tel.) Als Termin für die Reise des Reichspräsidenten in das demnächst frei werdende Gebiet ist der 21. und 22. März festgesetzt worden. Mit der Aufstellung des Reiseplanes ist der Oberpräsident der Rheinprovinz z. Zt. beschäftigt, der auch mit den in Frage kommenden Stellen wegen der Einzelheiten in Verbindung getreten ist.

Der Besuch wird den Reichspräsidenten nach den von ihm jetzt endgültig getroffenen Bestimmungen nach Köln führen. Am 2. Tag wird ein kurzer Besuch in Bonn stattfinden.

70. Rhein. Provinziallandtag.

* **Düsseldorf,** 26. Jan. Der 70. Provinziallandtag der Rheinprovinz wurde heute durch den Oberpräsidenten Dr. Fuchs eröffnet. Unter dem Vorsitz des Alterspräsidenten Kommerzienrat Krahwinkel (Arbeitsgemeinschaft) wurde das Präsidium gewählt. Erster Vorsitzender wurde Oberbürgermeister Dr. Jarres-Duisburg (Arbeitsgemeinschaft); zu stellvertretenden Vorsitzenden wurden die Abgeordneten Knab (Kommunist), Eberle (Sozialdemokrat) und Dr. Sasse (Zentrum) gewählt. Nach erfolgter Konstituierung wurde die Sitzung gegen vier Uhr nachmittags auf sechs Uhr nachmittags vertagt.

Der Rheinische Provinziallandtag genehmigte den Erlaß einer neuen Wahlordnung auf Grund des § 27 des Wahlgesetzes vom 7. Oktober vorigen Jahres und hieß die hier mit in Zusammenhang stehenden Aenderungen der Geschäftsordnung ohne Aussprache gut. Nächste Sitzung morgen mittag 12 Uhr.

Hochverratsprozeß gegen die Fuldaer Kommunisten.

wtb. **Leipzig,** 26. Jan. (Tel.) Vor dem vierten Strafsenat des Reichsgerichts begann am Dienstag ein umfangreicher Hochverratsprozeß gegen den Schlosser Koeck, den Schlosser Hermann Haase und weitere vier Genossen aus Fulda, sowie den Maler Cronen aus Frankfurt a. M. die Angeklagten haben sich wegen Vorbereitung des Hochverrats, Vergehen gegen das Republikschutzgesetz und wegen Sprengstoffverbrechen zu verantworten. Die Verhandlung hat die Kampforganisation der K. P. D. für den Unterbezirk Fulda zum Gegenstand, der für die Partei als Bindeglied zwischen Sachsen-Thüringen und Rheinland-Westfalen von besonderer Wichtigkeit war. Die Angeklagten Koeck und Haase waren die Kampfleiter in Fulda, die übrigen Angeklagten waren teilweise ebenfalls in der Kampfleitung tätig, teilweise bei der Beschaffung von Waffen und Munition behilflich. Die Kampfleitung war im Besitz von einem leichten Maschinengewehr, sechs Militärgewehren, zwei Revolvern und einer Anzahl selbstgefertigter Handgranaten, ferner von Munition und Material zur Herstellung von Handgranaten. Die Waffen waren von Haase teilweise im Elektrizitätswerk versteckt, wo er beschäftigt war. Die Verhandlung dürfte mehrere Tage in Anspruch nehmen.

Die Abfindung der Fürstenhäuser

vdz. **Berlin,** 26. Jan. (Tel.) Der Rechtsausschuß des Reichstages setzte heute die Beratung der Anträge über die Auseinandersetzung mit den ehemaligen Fürstenhäusern fort.

Dem Ausschuß ist ein Schreiben des Rechtsanwalts Friedmann, des Vertreters der Damen des Hauses Mecklenburg-Strelitz zugegangen, in dem u. a. darauf hingewiesen wird, daß nach dem Auseinandersetzungsvertrag der Staat die Familie auch für Rechtsansprüche Dritter schadlos zu halten hat.

Vom Abg. Dr. Frick (Völk.) ist eine Entschließung eingegangen, für den Fall des Beschlusses einer reichsgesetzlichen Regelung der Fürstenabfindungen möge die Regierung einen Gesetzentwurf vorlegen, wonach das Vermögen der seit dem 1. August 1914 zugezogenen Ostjuden und sonstiger Fremdstämmiger ohne Entschädigung enteignet wird und der seit diesem Tage durch Kriegs-, Revolutions-, Inflations- und Deflationsgewinne entstandene Vermögenszuwachs entzogen wird. Die Kreditbanken sollen in öffentliche Hand übergeführt werden.

Auf der Tagesordnung der Sitzung steht zunächst der Bericht über

die Auseinandersetzung in Lippe-Detmold.

Von dem Domänialbesitz hat das früher regierende Fürstenhaus etwa ein Siebtel erhalten. Im Juni 1925 hat der Fürst das ganze Abkommen wegen Irrtums angefochten. Außerdem hat er Aufwertungsansprüche geltend gemacht. Zwei Nebenlinien werden etwa 55 Prozent der Renten gezahlt, die sie vor 1918 erhielten. Die dritte Linie Schaumburg-Lippe hat mit dem Staat Prozesse geführt, die zu Ungunsten des Staates bisher entschieden worden sind.

Der Vorsitzende des lippischen Landespräsidiums Drake erklärt auf verschiedene Anfragen, die Landesregierung habe den noch nicht vorhandenen Ausführungsgesetzen zur Reichsverfassung nicht vorgreifen können, obwohl sie wisse, daß manche Vertragsbestimmungen mit den Grundsätzen der Reichsverfassung nicht im Einklang stehen.

Damit waren die Berichte über die Verhältnisse aller Länder erledigt und der Ausschuß konnte nun in die eigentliche Beratung der Anträge eintreten.

Professor Dr. Kahl entwickelt den Plan für die Generaldebatte dahin, daß zunächst das beantragte Sperrgesetz besprochen werden soll. Würde dieses Gesetz im Ausschuß angenommen, dann müßte es vorweg ins Plenum gehen und dort ohne Aussprache über den Gesamtkomplex der Abfindungsfragen schnell erledigt werden.

In der weiteren Generaldebatte wäre zunächst über den weitestgehenden kommunistischen Antrag auf entschädigungslose Enteignung, dann über den demokratischen Antrag zu beraten. Schließlich müßte die Frage geklärt werden, ob der angenommene Antrag verfassungsändernden Charakter habe.

Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte wurde beschlossen, das Sperrgesetz zu beraten.

Der von den Kommunisten eingebrachte Gesetzentwurf enthält den einzigen Artikel:

„Alle Rechtsstreitigkeiten, die bei den deutschen Gerichten über die Auseinandersetzungen mit den ehemals regierenden Fürstenhäusern schweben, werden bis zum Inkrafttreten einer reichsgesetzlichen Regelung ausgesetzt. Neue Verfahren werden nicht eingeleitet."

Abg. Hanemann (DN.) bestritt die Zuständigkeit des Reiches zu einem Eingriff in die Auseinandersetzungen zwischen den Ländern und den Fürstenhäusern. Er sucht in längeren staatsrechtlichen Ausführungen nachzuweisen, daß ein solcher Eingriff den in der Reichsverfassung festgelegten Grundrechten widersprechen würde. Inzwischen war zu dem kommunistischen Antrag ein Ergänzungsantrag des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Demokraten eingegangen, wonach das Sperrgesetz mit dem 30. 6. 1926 wieder außer Kraft gesetzt werden soll.

Abg. Everling (DN.) wandte sich gegen das Sperrgesetz, desgleichen Abg. Dr. Pfleger (Bayr. Volkspartei).

Abg. Hampe (Wirtsch. Ver.) trat für einen inzwischen von seiner Partei, dem Zentrum, der Deutschen Volkspartei und den Demokraten eingebrachten Antrag ein, wonach Artikel 1 des Sperrgesetzes folgende Fassung erhalten soll:

„Alle Rechtsstreitigkeiten, die zwischen den Ländern und den ehemals regierenden Fürstenhäusern bei deutschen Gerichten über die Auseinandersetzung und alle damit zusammenhängenden Fragen anhängig sind, sind auf Antrag einer Partei bis zum Inkrafttreten einer reichsgesetzlichen Regelung (Gesetz oder Volksentscheid) auszusetzen."

Abg. Brodauf (Dem.) betont, daß für das Sperrgesetz ein sachliches Bedürfnis vorhanden sei. Ein befristetes Gesetz dieser Art sei nicht verfassungsändernd.

Abg. Dr. Bell (Ztr.) sprach sich in ähnlicher Weise für das Sperrgesetz mit den dazu eingebrachten Aenderungsanträgen aus.

Die weitere Aussprache wurde dann auf Dienstag vertagt.

Zahl der für ein Volksbegehren nötigen Unterschriften.

wtb. **Berlin,** 26. Jan. (Tel.) Das für das Zustandekommen des Volksbegehrens erforderliche Zehntel der bei der letzten Reichswahl amtlich ermittelten Zahl der Stimmberechtigten berechnet sich wie folgt: Die letzte Reichswahl ist nach § 42 des Gesetzes über den Volksentscheid zurzeit der zweite Wahlgang der Reichspräsidentenwahl vom 26. April 1925. Dabei sind 39 414 316 Stimmberechtigte gezählt worden, die in der Stimmliste eingetragen waren oder ihren Stimmschein abgegeben haben. Dazu kommen die Stimmberechtigten, die den Stimmschein zwar ausgestellt erhalten, von ihm aber keinen Gebrauch gemacht haben. Ihre Zahl beträgt 29 208. Ferner hat bei der Prüfung der Reichspräsidentenwahl im Wahlkreis Leipzig das Wahlprüfungsgericht festgestellt, daß die Zahl der Stimmberechtigten nach der Stimmliste in diesem Wahlkreis um 597 zu niedrig angegeben war. Insgesamt berechnet sich die Zahl der Stimmberechtigten hiernach auf die amtlich ermittelte Zahl 39 444 121. Eine entsprechende Ergänzung der amtlichen Wahlstatistik steht bevor. Für das Volksbegehren sind also zurzeit 3 944 413 gültige Unterschriften erforderlich.

Aus Nah u. Fern.

Schülerselbstmord.

wp. **Frankfurt,** 26. Jan. (Tel.) Am 25. Januar, vormittags gegen 9½ Uhr, ließ sich ein 18jähriger Schüler aus Friedberg bei Kilometer 164,8 auf der Strecke Friedberg—Gießen von einem Zuge überfahren. Der Junge wurde sofort getötet.

Mädchenmord bei Heidelberg.

wp. **Heidelberg,** 26. Jan. Abends zwischen 7 und 8 Uhr wurde in der Nähe des Bahnhofs Friedrichsfeld auf einem Feldweg die Leiche der 14jährigen Dina Großmann aufgefunden. Die Leiche weist eine Anzahl Messerstiche auf. Es wird vermutet, daß ein Lustmord vorliegt. Die Untersuchung ist im Gange.

Ueberfall auf einen Kassenboten.

wp. **Esch** an der Alzette, 26. Jan. Als der Kassierer des Berg- und Hüttenarbeiterverbandes von Esch, Schneider, mit dem Erlös von etwa 4000 Franken nach Esch zurückkehrte, wurde er am hellichten Tage von drei vermummten, mit langen Messern bewaffneten Männern überfallen und des Geldes beraubt. Nachdem die Räuber den Mann mit dem Tode bedroht hatten, verschwanden sie spurlos im Walde.

Spanische Deserteure.

wp. **Luxemburg,** 26. Jan. Hier wurde eine Anzahl Soldaten, die teilweise der spanischen Fremdenlegion angehörten, von der luxemburgischen Polizei auf ihrer Durchreise einem Verhör unterworfen und dann wieder freigelassen. Sie hatten eine Urlaubsreise benutzt, um zu desertieren. Von einer Rückkehr nach Marokko wollten sie nichts wissen.

Amtliche Berliner Devisenkurse.

	25. Jan.		26. Jan.		v. dem
	Geld	Brief	Geld	Brief	Kriege
Buenos-Aires . .	1.737	1.741	1.738	1.742	1.69
Canada 1 Can. D.	4.188	4.198	4.188	4.198	
Japan	1.867	1.871	1.890	1.894	2.09
Konstantinopel L.	2.19	2.20	2.20	2.21	
England	20.395	20.447	20.398	20.450	20.43
New York 1 D. .	4.19	4.20	4.19	4.20	4.20
Rio de Janeiro .	0.631	0.633	0.631	0.633	1.36
Uruguay 1 Goldpf.	4.305	4.315	4.305	4.315	
Holland 100 Gulden	168.39	168.81	168.44	168.76	169.50
Athen 100 Drach.	5.74	5.76	5.84	5.86	
Belgien 100 Fr. .	19.06	19.10	19.06	19.10	81.00
Danzig 100 Gulden	80.89	81.09	80.90	81.10	
Finnland 100 M.	10.54	10.58	10.54	10.58	81.00
Italien 100 Lire .	16.93	16.97	16.90	16.94	81.00
Jugoslawien . .	7.42	7.44	7.41	7.43	81.00
Dänemark 100 Kr.	103.82	104.13	104.07	104.33	112.50
Lissabon 100 Esc	21.22	21.27	21.27	21.32	
Oslo 100 Kr. . .	85.44	85.66	85.54	85.76	112.50
Paris 100 Frk. .	15.65	15.69	15.52	15.56	81.00
Prag 100 Kr. . .	12.41	12.45	12.41	12.45	85.00
Schweiz 100 Frk.	81.92	81.12	80.92	81.12	81.00
Sofia. 100 Leva	2.93	2.94	2.89	2.90	81.00
Spanien 100 Pes.	59.33	59.47	59.27	59.41	81.00
Schweden 100 Kr.	112.31	112.59	112.31	112.59	112.00
Wien 100 Schill.	59.04	59.18	59.06	59.20	85.00
Budapest 100 000	5.87	5.89	5.87	5.89	85.05

Börsenstimmungsbild.

wtb. **Berlin,** 26. Jan. (Tel.) Da sich gestern an der Frankfurter Abendbörse die Steigerung der Schiffahrtsaktien im Anschluß an die hohen nachbörslichen Berliner Notierungen fortgesetzt hatte, hielt auch heute hier die Bewegung an und zog im Verlaufe fast das gesamte Interesse der Börse auf sich. Ueber den Grund der Aufsehen erregenden Bewegung war bestimmtes nicht zu erfahren. Man brachte die großen Umsätze hauptsächlich mit anhaltenden Bremer und ausländischen Käufen in Verbindung. Im Vergleich zu den gestrigen Schlußkursen setzten die Notierungen für Nordd. Lloyd und Roland-Aktien bereits mit Aufschlägen von 7 Prozent, für die anderen gleichartigen Papiere mit solchen von 2 bis 3 Prozent ein. Bei ausgedehntem Geschäft stiegen schließlich Lloyd trotz gelegentlicher kleiner Rückschläge weiter um 5 Prozent bis nahezu 137, und auch die anderen Schiffahrtsaktien gewannen zu ihren Aufangserhöhungen noch 2 bis 3 Prozent hinzu. Auf den anderen Marktgebieten war anfänglich ebenfalls überwiegend feste Haltung vorherrschend, wobei sich Kursbesserungen von 1 bis 2 Prozent und am Montanmarkte für die Werte der Rhein-Elbe-Union von 3 Prozent ergaben. Daneben setzten noch Gesellschaft elektrische Unternehmungen, Gebr. Körting und Julius Berger ebenfalls um 3 Prozent und Stöhr Kammgarn um 4½ Prozent. Daneben war aber bereits Neigung zu Realisationen in verschiedenen Kursabbröckelungen stärker bemerkbar, die im Verlaufe sich ausgesprochener durchsetzte, sodaß bei Schwankungen die anfänglichen Gewinne teilweise wieder verschwanden. Die Festigkeit der Schiffahrtsaktien wirkte jedoch einer weiteren Ausbreitung der Abschwächung, die anscheinend mit Realisationen der Börsenspekulation wegen des Ultimos zusammenhing, entgegen. Bankaktien waren bei ruhigem Geschäft wenig verändert. Barmer Bankverein-Aktien notierten infolge stärkerer Nachfrage bei knapper werdendem Material über 4 Prozent höher. Rentenwerte behaupteten ihren Kursstand. Vorkriegshypothekenpfandbriefe neigten zur Schwäche und Goldpfandbriefe waren im allgemeinen wenig verändert. Die flüssige Haltung am Geldmarkt ist unverändert bestehen geblieben. Von Devisen waren Kopenhagen um 25, Oslo um 10 Pfennig höher und Paris um 13 Pfennig niedriger.

Schlußbericht: Die zu Einheitskursen gehandelten Industriepapiere waren im allgemeinen behauptet. Sonst traten im Termin- und im variablen Verkehr besondere Veränderungen nicht ein. In der Bewegung der Schiffahrtsaktien machte das Dement der Verwaltung des Norddeutschen Lloyd, daß ihr von Aufkäufen und Kontrollabsichten des Harriman-Konzern nichts bekannt sei, keinen besonderen Eindruck. Die Schlußkurse lauteten: Nordd. Lloyd 136½, Paketfahrt 115¼, Hansa 157½, Roland-linie 156¾, Bochumer Gußstahl 89¼, Deutsch-Luxemburger 91, Gelsenkirchener 91 fünf Achtel, Harpener 108¾, Phönix 77 ein Achtel, Rheinstahl 69, Norddeutsche Industrie 124¼, AEG. 96¼, Siemens u. Halske 96. Hannoversche Waggon büßten von ihrer gestrigen Steigerung 7 Prozent wieder ein, sie notierten heute 118 gegen gestern zum Schluß 125, Busch Waggon waren über 4 Prozent höher.

Letzte Funkmeldungen.

Schweres Autounglück.

wtb. **Berlin,** 27. Jan. (Funkspruch). Wie die Morgenblätter aus Halle melden, stürzte in der Nähe von Folkstedt ein Kraftwagen einen 10 Meter tiefen Abhang hinunter. Eine Frau wurde getötet, 3 andere Insassen des Autos wurden schwer verletzt.

Verurteilte Zuchthausausbrecher.

wtb. **Berlin,** 27. Jan. (Funkspruch). Das Hamburger Schwurgericht verurteilte gestern 6 Insassen des Zuchthauses Fuhlsbüttel wegen schwerer Gefangenenmeuterei zu Zuchthausstrafen von 3—9 Jahren. 2 der Meuterer waren s. Zt. bei dem Ausbruchsversuch erschossen worden.

Wegen Verrats verurteilt.

wtb. **Breslau,** 26. Jan. (Funkspruch.) Das hiesige Oberlandesgericht verurteilte den Direktor Kaul zu 6 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust und dessen Braut Gertrud Schmidt zu 2 Jahren Gefängnis wegen Verrat militärischer Geheimnisse und Landesverrat.

Das Eis im finnischen Meerbusen.

wtb. **Reval,** 26. Jan. (Funkspruch.) Der russische Eisbrecher Jermak ist mit 7 Dampfern, darunter der deutsche Dampfer Klara Grundmann, hier eingetroffen. Der Kommandant des Jermak berichtete, daß zwischen festen Eismassen eine Eisfläche bis zu 10 Meter Höhe sich befinde, gegen die auch der stärkste Eisbrecher nichts ausrichten könne.

Deutsche Gelehrte und Italien.

wtb. **Rom,** 27. Jan. (Funkspruch.) Der Präsident des Exekutivkomitees des internationalen Kongresses für moralische Erziehung, Prof. Orestano, beklagt sich in einem in höflichem Ton gehaltenen offenen Brief darüber, daß die deutschen Gelehrten Prof. Eucken und Prof. Kerschensteiner in Anbetracht der Vorgänge in Süditalien sich an den Sitzungen des Kongresses, die im April in Rom stattfinden sollen, nicht beteiligen werden. Orestano weist daraufhin, daß, als die Franzosen und Belgier darauf bestanden, daß die Deutschen von diesem Kongreß ausgeschlossen bleiben sollten, gerade die Italiener für ihre Zulassung eingetreten seien.

Im Mittelmeer gescheitert.

wtb. **Rom,** 27. Jan. (Funkspruch.) Am Freitag scheiterte bei Lissa der Kohlendampfer Fiume. Auf Radio-Hilferufe sandten mehrere Schiffe Hilfe. Ein Rettungsboot mit 7 Mann wurde geborgen, ein zweites Rettungsboot mit 8 Mann konnte bisher nicht gefunden werden.

Gemäldediebstahl in Genua.

wtb. **Rom,** 27. Jan. (Funkspruch.) In Genua wurden gestern bei einem Einbruch in ein Privathaus 5 große Gemälde gestohlen, darunter eine Auferstehung aus der Schule van Dyk und ein Rubens.

Benutzt die Leihbibliothek der Buchhandlung Carl Braus, Bahnhofstr. 3

Das Wirtschaftsjahr 1925.

Bericht der Industrie- und Handelskammer Dortmund.

V.

Die soziale Gesetzgebung im Jahre 1925.

Die soziale Gesetzgebung des Jahres 1925 hat hauptsächlich den Ausbau der (bestehenden) Sozialversicherung zum Gegenstand gehabt. Er erfolgte besonders nach zwei Richtungen: Einmal wurde der Kreis der Versicherten mehrfach erweitert, zum anderen erfuhren die Versicherungsleistungen eine wesentliche Erhöhung.

Erweiterung des Kreises der Versicherten.

Die Verdienstgrenze für die Pflichtversicherung in der Krankenversicherung wurde durch die Verordnung vom 10. 1. 1925 von 2400 Mark auf 2700 Mark hinaufgesetzt. Die gleiche Summe ist fortan für die Pflichtversicherung der Hausgewerbetreibenden und für die freiwillige Versicherung der im § 176 RVO. Genannten maßgebend. Für die Angestelltenversicherung setzte der Reichsarbeitsminister die Grenze für die Pflichtversicherung auf alle Einkommen von 6000 Mark im Jahre fest (Verordnung vom 23. 4. 1925). Ferner erfuhr der Kreis der Unfallversicherten durch die Verordnung über Ausdehnung der Unfallversicherung auf gewerbliche Berufskrankheiten vom 12. 5. 1925 eine Erweiterung. Danach werden gewisse gewerbliche Berufskrankheiten, die bei der dauernden Verarbeitung erhöht gesundheitsschädlicher Stoffe entstehen (Blei, Phosphor, Quecksilber usw., auch die Wurmkrankheit der Bergleute), einem „Unfall" gleichgestellt und den Bestimmungen über die Gewerbeunfallversicherung unterworfen.

Das Versicherungsrisiko in der Unfallversicherung (2. Ges. über Aenderungen in der Unfallversicherung vom 14. 7. 1925) vergrößerte sich dadurch, daß der mit der Beschäftigung in einem der Versicherung unterliegenden Betriebe zusammenhängende Weg nach und von der Arbeitsstätte, sowie die mit der Beschäftigung in einem solchen Betriebe zusammenhängende Verwahrung, Beförderung, Instandhaltung und Erneuerung des Arbeitsgerätes, auch wenn es vom Versicherten gestellt wird, als „Beschäftigung" gelten, also den Versicherungsschutz genießen.

Invalidenversicherung:

Bei der bisherigen Invalidenversicherung betrugen die Wochenbeiträge bei einem wöchentlichen Arbeitsverdienst von:

1. 10 Mk. 0.20 Mk.; 2. 10—15 Mk. 0.40 Mk.; 3. 15—20 Mk. 0.60 Mk.; 4. 20—25 Mk. 0.80 Mk.; 5. über 25 Mk. 1 Mk.

Bei der neuen Invalidenversicherung betrugen die Wochenbeiträge bei einem wöchentlichen Arbeitsverdienst von:

1. 6 Mk. 0.25 Mk.; 2. 6—12 Mk. 0.50 Mk.; 3. 12—18 Mk. 0.70 Mk.; 4. 18—24 Mk. 1 Mk.; 5. 24—30 Mk. 1.20 Mk.; über 30 Mk. 1.40 Mk.

Angestelltenversicherung:

Die Monatsbeiträge betrugen bei der bisherigen Angestelltenversicherung bei einem monatlichen Arbeitsverdienst von:

1. 50 Mk. 1.50 Mk.; 2. 50—100 Mk. 6 Mk.; 3. 100—200 Mk. 6 Mk.; 4. 200—300 Mk. 9 Mk.; 5. über 300 Mk. 12 Mk.

Die Monatsbeiträge betrugen bei der neuen Angestelltenversicherung bei einem monatlichen Arbeitsverdienst von:

1. 50 Mk. 2 Mk.; 2. 50—100 Mk. 4 Mk.; 3. 100—200 Mk. 8 Mk.; 4. 200—300 Mk. 12 Mk.; 5. 300—400 16 Mk.; 6. über 400 Mk. 20 Mk.

In den freiwilligen Beitragsklassen G 25 Mk. H 30 Mark.

Neu ist die Bestimmung, daß der Arbeitgeber für die Versicherten in der 1. Lohn- und Gehaltsklasse und für Lehrlinge jetzt die vollen Beiträge allein zu entrichten hat.

Die Beiträge zur Krankenversicherung werden bekanntlich von den Selbstverwaltungsorganen der Krankenkassen in Hundertsteln des Grundlohnes so bemessen, daß sie, die anderen Einnahmen der Krankenkassen eingerechnet, für ihre zulässigen Ausgaben ausreichen.

In der Unfallversicherung gilt das Umlageverfahren. Auf Einzelangaben über die Höhe der Beiträge soll hier nicht eingegangen werden.

—oo—

Die christlichen Gewerkschaften zur Wirtschaftskrise.

Essen, 26. Januar 1926.

In einer Kundgebung der christlichen Gewerkschaften, die im kathol. Vereinshaus in Essen-West stattfand, beschäftigte man sich ausgiebig mit der gegenwärtigen Wirtschaftskrise unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Neben bekannten Arbeiterführern nahm auch der Reichstagsabg. Giesberts an den Verhandlungen teil. Das Hauptreferat hielt Gewerkschaftssekretär Schmitz-Duisburg, der sich in eineinhalbstündigen Ausführungen über die Not der Arbeiter und der Mittel, die der Bekämpfung dieser Not dienen sollen, verbreitete.

Das rheinisch-westfälische Industriegebiet wurde von der Wirtschaftskrise am schwersten betroffen. Dieses Gebiet stelle auch den höchsten Prozentsatz an Erwerbslosen und Kurzarbeitern. Der Grund hierfür sei in der industriellen Eigenart (Kohle und Eisen) des Ruhrgebietes zu suchen. Während früher diese beiden Faktoren die Hauptexponenten der Wirtschaftsentwicklung gewesen seien, müsse heute leider die Tatsache verzeichnet werden, daß die Eisenerzeugung des Industriegebietes durch die Einfuhr französischen Eisens aufs schärfste bedroht wäre. Das habe naturgemäß eine Verminderung des Kohlenabsatzes zur Folge, weil die Eisenindustrie der größte Abnehmer von Kohle bis dahin gewesen sei. Man habe alle Veranlassung, nach Mitteln und Wegen zu suchen, um der französischen Schleuderkonkurrenz zu begegnen. Ginge es nicht auf dem Wege der Verständigung, so müsse man eben zu Antidumpingszöllen greifen, so sehr er das aus ideellen Gründen beklage. Ein weiteres Mittel zur Beseitigung der Not sei die Verständigung zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern untereinander, d. h. die Bildung von Arbeitsgemeinschaften, die auf beiden Seiten von wahrem sozialen Geiste durchdrungen seien. Die Erwerbslosenfürsorge müsse mehr als bisher produktiv gestaltet werden. Für die Unterstützung der Kurzarbeiter einzutreten, sei oberstes Gesetz der christlichen Gewerkschaften. Die Verschleuderung von Geldern durch die öffentliche Hand müsse endlich aufhören. Es sei ein Skandal, die Hauszinssteuer ihrem eigentlichen Zweck zu entziehen und damit sogenannte Kulturbedürfnisse und sonstiges zu befriedigen. Würde die Hauszinssteuer diesem eigentlichen Zweck zugeführt, dann würde doch der Baumarkt eine Wiederbelebung erfahren, und somit einer großen Anzahl von Erwerbslosen Arbeit und Brot gegeben werden können. Die Herabsetzung der Eisenbahnfrachten sei ein Gebot der Stunde, damit wir wieder wettbewerbsfähig würden. Redner faßte seine Ausführungen in folgende Forderungen zusammen:

Ausbau der Erwerbslosenfürsorge, Erhöhung der Unterstützungssätze für Alleinstehende, Einführung angemessener Unterstützung für Kurzarbeiter. Da die Beschaffung von Arbeit wichtiger als Zahlung von Unterstützungen ist, muß in der Förderung des Außenhandels alles geschehen, um Deutschlands Position auf dem Weltmarkte wieder herzustellen. Wir brauchen Handelsverträge, die auf unsere Lage und auf die Ausführung übernommener Verpflichtungen Rücksicht nehmen. Die Einführung von Antidumpingszöllen oder Einfuhrverbote für Eisen oder aber Verständigung unter der Eisenerzeugung Frankreichs, Luxemburgs, Belgiens und Deutschlands über den Eisenabsatz ist eine Lebensfrage für Westdeutschland. Um die Ausfuhr steigern zu können, brauchen wir billige Kredite für die Ausfuhr bezw. für die Ausfuhrindustrien.

Wir müssen fordern: größtmöglichste Einschränkung der Kosten für die öffentliche Verwaltung, Bereitstellung von Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge für den Bau von Verkehrswegen und sogen. Notstandsarbeiten, wobei die in Frage kommenden Tariflöhne zu sichern sind. Weitere Hebung des Inlandsmarktes dadurch, daß die Erträgnisse der Hauszinssteuer dem Wohnungsbau zugeführt werden.

Lohnabbau verschärft die Krisis; Steigerung des Absatzes ist nur möglich durch Hebung der Kaufkraft. Wir rufen auf zur Verständigung unter den Wirtschaftsständen. Die gegenwärtige Zeit verlangt gebieterisch, daß wir uns zusammenfinden als Notgemeinschaft, aus der wahre und ehrliche Gemeinschaftsgesinnung entsprießen muß. Der Glaube an die Idee der Gemeinsamkeit, die Sorge um das Wohlergehen der Arbeitermassen, sowie das Vertrauen in die eigene Kraft ist es, was uns christliche Gewerkschaftler anspornt, Gegensätze und Spannungen ausgleichen zu helfen, und für bessere Existenzbedingungen sowie für volle Freiheit und Unabhängigkeit unseres Volkes zu kämpfen."

Die Ausführungen wurden ergänzt durch den Reichstagsabg. Giesberts und den Landtagsabgeordneten Kloft. Es wurde dann eine Entschließung angenommen.

—oo—

Das Schicksal von Zeche Massen besiegelt!

Ergebnislose Verhandlungen über den Notbetrieb.

Auf Veranlassung des Handelsministers hatte das Oberbergamt Dortmund zu gestern vormittag eine neue Verhandlung anberaumt, zu der die Vertreter des Oberbergamtes, der Regierung in Arnsberg, der Landkreise Hamm und Dortmund, Stadt Unna, Amt Unna-Kamen, des Betriebsrates der Zeche Massen, der Harpener Bergbau A.-G. und der Buderusschen Eisenwerke eingeladen und erschienen waren. Von den Vertretern der letzteren wurde die Uebernahme eines Zuschusses in Höhe von 370 000 Mark für die Monate Februar und März verlangt, der sich wie folgt errechnet: Durch die längere Stillegung des Betriebes kann nicht sofort mit dem Abbau der Kohlen begonnen werden. In dieser Zeit wäre also keine Förderung möglich, so daß für den Monat Februar der Zuschuß sich auf mindestens 200 000 Mark belaufen wird. Im Monat März sollen dann nur die günstigsten Flöze abgebaut werden, und es wären für diesen Monat 170 000 Mark an Zuschuß erforderlich. Zur Deckung dieses Gesamtzuschusses von 370 000 Mark für zwei Monate stehen keine Reichs- oder Staatsmittel zur Verfügung, und das Geld muß also nur durch die in Frage kommenden Landkreise und Gemeinden aufgebracht werden. Die Vertreter der Landkreise wie auch der Gemeinden mußten aber erklären, hierzu nicht in der Lage zu sein, da ja diese hohe Summe nur die Weiterführung des Betriebes auf die Dauer von 2 Monaten ermöglicht hatte. Nach Ansicht der Vertreter der Kommunalbehörden würde es eine viel wirksamere Hilfe für die in Frage kommenden erwerbslosen Bergleute sein, wenn ihnen dieser Zuschuß sofort als Unterstützungsbeihilfe zugeführt wird. Jedenfalls ist er dann besser angewandt, als wenn wir ihn in einen verlorenen Betrieb stecken wollten.

Des weiteren hat man sich noch mit der Frage des Betriebsabbruchs beschäftigt. Es wurde allseitig anerkannt, daß unter diesen Umständen der Harpener Bergbau A.-G. nicht zugemutet werden kann, die Pumpen weiter laufen zu lassen, und Oberbergamtsdirektor Weise-Dortmund stellte fest, daß nunmehr wohl mit einer Verkürzung der Sperrfrist zu rechnen sei.

Wegen der Unterbringung der erwerbslos gewordenen Bergleute konnten keine rosigen Aussichten eröffnet werden. Wohl sagten die Vertreter der Harpener Bergbau A.-G. zu, bei den Abbruchsarbeiten, soweit dieses möglich, Bergleute der Zeche Massen zu beschäftigen und vielleicht 100—150 Bergleute auf anderen, ihr gehörigen Gruben unterzubringen. Anderweitige Unterbringungsmöglichkeiten sind nicht vorhanden. Man will noch versuchen, ein Kohlenfeld in den Besitz der Zeche „Alter Hellweg" überzuleiten, um dort für ungefähr 200 Bergleute Arbeit zu schaffen. Hier ergeben sich aber noch Schwierigkeiten, da Zeche „Alter Hellweg" syndikatsfrei ist, und Veräußerungen von Kohlenfeldern von Syndikatszechen nur an solche Zechen erfolgen dürfen, die gleichfalls dem Syndikat angeschlossen sind. Trotzdem sagte der Vertreter des Oberbergamtes Dortmund tatkräftige Unterstützung zur Erreichung dieses Zieles zu, womit die Verhandlungen beendet waren.

—oo—

Gesetz und Verwaltung.

Berlin, 26. Jan. Nach dem Reichsfinanzausgleichsgesetz sollen am 1. April 1926 100 Prozent der Friedensmiete erhoben werden. Wie verlautet, haben zwischen Reich und Ländern Besprechungen stattgefunden, mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage und die 2 Millionen Arbeitslose von einer Mietserhebung in voller Friedenshöhe vorläufig absehen zu wollen. Aus diesen Erwägungen heraus hat Preußen es für Februar bei 84 Proz. belassen. Es dürfte auch unmöglich sein, die fehlenden 16 Prz. im März und April erheben zu können, weil die Mietszahlungen schon jetzt allgemein auf Schwierigkeiten stoßen.

Die Beamtenrechte bei der Reichsbahn.

Wie bereits gemeldet, haben zwischen den Eisenbahnorganisationen und der Reichsbahnverwaltung Verhandlungen über die beabsichtigten Neuordnungen hinsichtlich der Beamtenverhältnisse bei der Reichsbahn stattgefunden. Auf Grund dieser Besprechungen ist die ursprünglich geplante Einbeziehung der Gruppen 5 und 6 in die Kategorie der unteren Beamten unterblieben, dagegen ist trotz des Einspruchs der Verbände die Unkündbarkeit für die Gruppen 1 bis 4 grundsätzlich abgelehnt worden. Wie die „B.-J.-Korr." hört, haben die Organisationen in dieser Angelegenheit weitere Schritte bei der Hauptverwaltung und dem Generaldirektor der Reichsbahn unternommen. Auch der Rechtsausschuß des Reichstages dürfte sich mit dieser Frage noch befassen.

—oo—

Tagungen und Veranstaltungen.

Gesellschaft für evangelische Pädagogik.

Die Gesellschaft für evangel. Pädagogik, die im vorigen Jahre im Anschluß an die Frankfurter Reichs-Elterntagung gegründet wurde, beginnt jetzt immer mehr, sich organisatorisch aufzubauen. Es sollen überall Ortsausschüsse gebildet werden, mit der Aufgabe der Förderung der Religionspädagogische Arbeitsgemeinschaften für Pfarrer und Lehrer, der Pflege von Arbeitsgemeinschaften für Junglehrer und der Einrichtung von pädagogischen Lehrgängen und Freizeiten. Diese Ortsausschüsse sollen sich zu provinziellen Zweigstellen zusammenschließen. Die Gesellschaft selbst ist nicht eine Spitzenorganisation von Einzelverbänden, sondern eine Gesellschaft von Einzelpersonen, die aber mit den benachbarten Verbänden in freundschaftlicher Fühlung steht. Sie läßt vom 1. Januar im Verlag von Teubner-Leipzig eine Vierteljahresschrift für evgl. Pädagogik erscheinen. Studienrat Heienbrock-Berlin und Pastor Börner-Breslau werden in der nächsten Zeit in Westfalen und Rheinland eine größere Reihe von Werbevorträgen halten.

Sittlichkeitstagung in Gelsenkirchen.

Der Sittlichkeitsbund vom Weißen Kreuz (Westfälisches Industriegebiet) hat am 30. und 31. Jan. im Vereinshaus in Gelsenkirchen seine erste Gautagung. In einem öffentlichen Vortrag am Samstag um 8 Uhr spricht Generalsekretär Schmidt-Leipzig über „Moderne Sklaven und ihre Befreiung". Sonntags ist morgens eine Weihestunde und Festgottesdienst. Nachm. 2.30 Uhr spricht Regierungsoberlandmesser Toellner-Soest über „Aeußere und innere Ausrüstung für unseren Dienst". Das Thema in der Caukonferenz ist: „Wie wir erfolgreich kämpfen".

Arbeitstagung auf der Jugendburg Freusberg.

Die Sieg-Rhein-Arbeitsgemeinschaft zur Lebenserneuerung ruft die Jugend aller Kreise und ihre Freunde zu einer Tagung für Lebenserneuerung auf die Jugendburg Freusburg a. d. Sieg, die am Sonntag, den 31. d. Mts. stattfindet. Die Tagung soll Anregung für die allgemeine Jugendarbeit geben. Zwei bekannte Persönlichkeiten auf diesem Gebiete, Kurt Baurichter-Elberfeld, der Vorsitzende des Deutschen Vereins enthaltsamer Studenten, und Lic. Dr. Cordier-Elberfeld, der Führer der Christdeutschen Jugend, werden Vorträge halten und praktische Vorschläge für die Arbeit an der Lebenserneuerung machen. Die prächtig gelegene Jugendburg, die infolge ihrer starken Inanspruchnahme bei Tagungen und Jugendfesten immer mehr zu einem geistigen Mittelpunkt der neuen Jugend wird, ist vom Bahnhof Kirchen (Strecke Hagen-Siegen-Betzdorf-Köln) aus in 40 Minuten zu erreichen. Wer auf der Burg zu übernachten gedenkt, meldet sich am besten bei Hedwig Eichbauer, Hamm a. d. Sieg, an.

Kongreß für evangelische Kirchenmusik.

Die evangel. Kirchengesangvereine für Westfalen und Rheinland veranstalten in der Osterwoche d. Js. einen, dem so erfolgreichen Essener ähnlichen Kongreß für evangelische Kirchenmusik in Dortmund. Einzelheiten über den von Osterdienstag, den 6. April, bis Freitag, den 9. April, dauernden Kursus werden demnächst bekanntgegeben werden. — Schon jetzt sei bemerkt, daß das gastliche Dortmund eine Anzahl Freiquartiere darbieten wird und Anfragen und Anmeldungen entgegengenommen werden vom Dortmunder Städtischen Konservatorium, Balkenstr. 34, und dem Vorsitzenden des Evgl. Kirchengesangvereins für Westfalen, Pfarrer Giebe in Bochum, Kaiserring 7.

Eine fleißige Erziehungs-Anstalt.

Für manche Töchter tritt jetzt die Wahl eines Berufes, für andere die Wahl einer geeigneten Schule oder eines Töchterheims in den Vordergrund. Die Anstalten, die die vielseitigen Ausbildungs- und Erziehungsmöglichkeiten bieten, sind wohl in Rheinland und Westfalen die Bildungs- und Erziehungsanstalten der Diakonissenanstalt in Kaiserswerth für die weibliche Jugend. 10 verschiedene Schularten sind dort vereinigt. Davon sind staatlich genehmigt: das Oberlyzeum, wo Lehrerinnen für höhere und Mittelschulen ausgebildet werden und dessen Zeugnis auch zum Hochschulstudium berechtigt, die Aufbauschule (deutsche Oberschule) mit Abiturientenzeugnis, das Kindergärtnerinnen-Seminar, das Soziale Frauenseminar zur Ausbildung von Wohlfahrtspflegerinnen und die Gartenbauschule, in der innerhalb von 2 Jahren junge Mädchen als Gärtnerinnen in Stadt- und Handelsgärtnereien, auf Gütern, Sanatorien usw. ausgebildet werden. Außerdem ist hier eine höhere Mädchenschule, eine Mädchen-Mittelschule und eine Haushaltungsschule. Einige Anstalten liegen außerhalb Kaiserswerth: ein Lyzeum der Diakonissen in Hilden bei Düsseldorf mit Töchterheim, eine Grund- und Volksschule in Niederdollendorf mit Knaben- und Mädchenheim und eine Grund- und Volksschule in Marthashof, Berlin, Schwedter Straße.

—oo—

Handel und Verkehr

Aufhebung des Visumzwanges zwischen Deutschland und Holland.

Zwischen der deutschen und der niederländischen Regierung ist die gegenseitige Aufhebung des Sichtvermerkzwanges mit Wirkung vom 1. Februar 1926 vereinbart worden. Von diesem Zeitpunkte an können Reichsangehörige die Niederlande und die niederländischen Staatsangehörigen das Reichsgebiet über die amtlich zugelassenen Grenzübergangsstellen jederzeit lediglich auf Grund eines gültigen Heimatpasses ohne Sichtvermerk betreten und verlassen. Für Kinder unter 15 Jahren genügt an Stelle eines Passes ein amtlicher Ausweis über Name, Alter, Staatsangehörigkeit, Wohnsitz oder Dauer des Aufenthalts. Der Kinderausweiß muß bei Kindern über 10 Jahren mit einem Lichtbild versehen sein. Im kleinen Grenzverkehr mit den Niederlanden sind weitere Paßerleichterungen vorgesehen. Diese treten am 1. März 1926 ein.

—oo—

Sportnachrichten.

Die Fußballmeisterschaft von Dresden und Leipzig entschieden.

Der Gau Ostsachsen war in der angenehmen Lage, sämtliche Spiele durchzuführen. Der Dresdener S. C. schlug Freital 04 überraschend hoch 13:1 und wurde damit Meister von Dresden. Leipzig konnte dagegen nur ein Spiel durchführen, dafür aber das wichtigste. Fortuna besiegte Olympia-Germania hoch 5:0 und errang mit diesem Siege den Gaumeistertitel. Alle übrigen Spiele in Mitteldeutschland mußten der ungünstigen Witterung wegen ausfallen.

Fünf Städte Bewerber um den Drei-Länderkampf!

Basel, die alte Stadt der deutsch-schweizerischen Länderwettkämpfe, hat heuer arge Konkurrenz erhalten, denn um den Länderkampf Deutschland—Schweiz—Frankreich, der im August d. Js. in der Schweiz stattfinden soll, bewerben sich nämlich auch noch Bern, Genf, Lausanne und Zürich! Man scheint also dem ersten Zusammentreffen zwischen Deutschland und Frankreich allseitig größtes Interesse entgegenzubringen!

Amsterdam rüstet sich für 1928!

Wie uns das Internationale Olympische Komitee mitteilt, werden die Stadionbauten in Amsterdem in dieser Woche in Angriff genommen.

Auch die Radweltmeisterschaften 1928 in Amsterdam.

Man erwägt in Holland, an die UCJ. mit der Aufforderung heranzutreten, die Rad-Weltmeisterschaften 1928 in Amsterdam austragen zu lassen, weil durch die Olympischen Spiele die besten Vorbedingungen für eine glatte Abwicklung gegeben seien.

Hans Steinke in Neuyork.

Der bekannte Stettiner Ringer Hans Steinke kämpfte in Neuyork mit dem Polen Stanislaus. Zbysko, 45 Minuten unentschieden. Das Treffen fand vor ungefähr 10 000 Zuschauern statt, eine Menge, die bisher kein Ringkampf zusammengebracht hatte!

Hakoah doch nach Amerika?

Es scheint nun doch so, als ob die Amerikatournee der Wiener Hakoah vonstatten gehen wird, denn wie uns aus Wien berichtet wird, hat ein Vorstandsmitglied der Hakoah bereits Wien verlassen, um die amerikanischen Verträge zu unterzeichnen.

Verantwortlich für Kunst u. Wissen, Theater u. Konzert, Turnen u. Sport: Theo Schäfers, Schwerte.

Wer Weiße Waren wählen will warte

Weisse Woche!

Beginn Montag, den 1. Februar

Grosse Extra-Auslagen!

Beachten Sie das Preisinserat am Montag, d. 1. Februar

Küster :: Schwerte

Das führende Haus für Qualitätswaren.

Hedwig Adrian
geb. Andree
Willi Bönkhoff
Verlobte

Schwerte Dortmund
den 27. Januar 1926.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem so schweren Verluste unserer lieben Tochter, Schwester Schwägerin und Tante, sprechen wir allen Kranzspendern und Beileidsschreibern, sowie dem Herrn Pastor Wischnath unsern innigsten Dank aus.

Familie Karl Hasenhöller.

Holzen, den 27. Januar 1926.

Danksagung

Für die mir in so reichem Maße erwiesenen Aufmerksamkeiten und für die herzliche Teilnahme und Kranzspenden, die mir beim Hinscheiden meines lieben Gatten erwiesen wurden, spreche ich Allen, besonders den Bediensteten der Güterabfertigung und Stationskasse Schwerte meinen innigsten Dank aus.

Frau Ww. Karl Brune

Aplerbeck, 26. Januar 1926. 320

Pastor Felke-Heilweise

Beglaubigter Vertreter Dr. phil. Mayus, 20jährige Praxis. **Operationslose Behandlung** von Frauenleiden, Gallen- und Nierensteinen, Stoffwechselkrankheiten, Lungen- und Knochentuberkulose.

Hagen i. W., Elberfelder Straße 27 I,
Fernruf 2014. — Sprechzeit von 10—12 und von 2—5 Uhr.
Auch Hausbesuche nach auswärts. 196

Am Montag, den 25. Januar 1926 verschied nach kurzem Leiden unser lieber Vater, Großvater und Onkel im hohen Alter von 85 Jahren, der

Rentner

Emil Krummel

Veteran 1870/71

In tiefer Trauer:
Georg Krummel.

Hohenlimburg, den 26. Januar 1926.

Die Beisetzung findet am Donnerstag, 28. Januar, nachmittags 3 Uhr in aller Stille auf dem evangel. Friedhof in Schwerte statt. Es wird gebeten, von Kranzspenden absehen zu wollen.

Nachruf!

Am 25. Januar starb unser lieber Kollege und Freund der

Rektor i. R.

Wilhelm Berensmann

Nach 50 jähriger mit großer Treue und Gewissenhaftigkeit erfüllten Dienstzeit trat er am 1. Mai 1920 in den wohlverdienten Ruhestand. Tausende von dankbaren Schülern und Schülerinnen trauern um den geliebten Lehrer und Erzieher.

Wir werden seiner in Treue gedenken.

Schwerte, den 27. Januar 1926. 317

Das Kollegium
der evangelischen Volksschulen.

Nachruf!

Am 25. ds. Mts. verschied

Herr Rektor i. R.

Wilhelm Berensmann

hierselbst.

Der Heimgegangene war über 50 Jahre lang im Schuldienste tätig und lange Jahre hindurch Mitglied der Stadtschuldeputation. Sein Amt hat er mit seltener Pflichttreue und Gewissenhaftigkeit verwaltet. Er war uns auf dem Gebiete des Schulwesens ein geschätzter Mitarbeiter und treuer Berater. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Schwerte, den 26. Januar 1926.

Der Magistrat.
Die Stadtschuldeputation.

Schwerter Automobil-Taxameter-Verkehr

Personen-Beförderung für Nah- u. Fernfahrten
Tag- und Nachtbetrieb
Standort: Bahnhof Schwerte Tel. 235.

Junges kinderl. Ehepaar (Geschäftsmann) sucht per April eine

2 bis 3 Zimmer-Wohnung

gegen gute Miete, auf Wunsch Miete 6 Monate im voraus.

Offerten unter 304 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Sterbekasse „Selbsthülfe“
Schwerte (Ruhr) und Umgegend.

In der Zeit vom 1. Oktober 1925 bis 31. Dezember 1925 starben folgende Mitglieder:

Bertha Danschewitz,
Frau Ww. Elfriede Neveling,
Frau Ww. Klara Kröger,
Frau Wilhelmine Tillmann,
Frau Auguste Westkämper,
Friedrich zur Nieden,
August Quedenau,
Frau Wilhelmine Kämereit,
Wilhelm Henze,
Marie Aufenberg.

Ehre ihrem Andenken!

Schwerte (Ruhr), den 27. Januar 1926.

321) **Der Vorstand.**

Frankreich und die Entwaffnung.

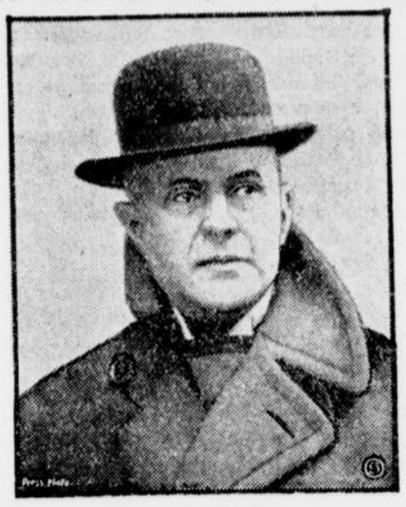
Während sich die öffentliche Aufmerksamkeit fast ausschließlich der finanziellen Krisis zuwendet, beschäftigen sich die militärischen und politischen Kreise um so freier und ungehinderter mit der „Lebensfrage Frankreichs": der Entwaffnung. Man macht sich darüber keine Illusionen, daß noch im Laufe der ersten Jahreshälfte gewisse internationale Entscheidungen getroffen werden können. Man will dabei unter keiner Bedingung den Anschein erwecken, als ob Frankreich grundsätzlich sich entscheidenden Beschlüssen widersetzen wolle. Anderseits ist man an allen maßgebenden Stellen, vor allem natürlich den militärischen, fest entschlossen, die kriegerische Macht Frankreichs auf mindestens gleicher Höhe zu erhalten und sich zu diesem Zweck unter Umständen besonderer Formeln zu bedienen, von denen eine der beliebtesten das „kriegerische Potential" ist.

Trotz großer Anstrengung ist es bis jetzt nicht gelungen, die geplante Armeereform in Frankreich auch nur auf dem Papier durchzuführen. Das alte „Projekt Fabry", das die Unterscheidung zwischen Deckungstruppen und Territorialarmee bis in die letzte Konsequenz durchführte, ist nahezu vollständig fallen gelassen worden. Weiterhin hat man sich besonders darum bemüht, ein geeignetes Rekrutierungsgesetz zu schaffen, wobei die eigentliche Armeereform vernachlässigt wurde. Das vielbesprochene „Projekt Nollet" ist in Wirklichkeit nie zu Ende geführt worden. Painlevé sowohl wie Ossola haben als Kriegsminister und Unterstaatssekretär allerlei Veränderungen daran vorgenommen. Es war aber nur ein teilweiser Entwurf, der vor einigen Tagen dem Obersten Kriegsrat vorgelegt werden konnte. Immerhin hofft man zuversichtlich, die Reform in ihrer Gesamtheit zu Ende führen zu können, ehe noch die Entscheidung beim Völkerbund oder gar in Washington fällt, und dadurch eine vollendete Tatsache zu schaffen, die zum mindesten ein Faustpfand für die Verhandlungen darstellt. Nicht nur von nationalistischer, sondern auch von extrem-demokratischer Seite, Richtung „Oeuvre", wird mit aller Schärfe betont, daß das französische „Kriegspotential" seit 1918 eher ab- als zugenommen habe. Die Armee sei heute nahezu vollständig desorganisiert; bei einer Mobilisierung würde sich wiederum das gleiche Schauspiel ergeben wie 1914: Millionen von Reservisten, die den Lagern zuströmen, ohne Kaders, ohne augenblickliche Verwendungsmöglichkeit. Was die technische Seite angeht, so sei die Lage noch schlimmer. Keine einzige der großen Erfahrungen des Welttrieges sei im geringsten verwertet worden. Man spanne noch immer 16 Pferde an ein 75er Geschütz, um es in Batteriestellung zu bringen, wie wenn Motore nicht existierten. Nach den Berichten der besten Sachverständigen sind die technischen Erfahrungen in Marokko und Syrien geradezu vernichtend, und die Truppen Abd-el-Krims sollen gerade in technischer Beziehung den französischen überlegen gewesen sein!

Das alles ist natürlich nicht wörtlich zu nehmen; die ganze Kampagne verfolgt vor allem den Zweck, den Engländern und Amerikanern gegenüber das französische „Kriegspotential" zu verkleinern. Als erste Forderung stellt Frankreich den Satz auf, daß zwischen der Land- und Seemacht irgendwelche Beziehung aufgefunden werden müsse. Zu diesem Ende bekämpft es aufs heftigste den amerikanischen Wunsch, die Frage der Landabrüstung und der Seeabrüstung getrennt zu behandeln. Fernerhin kann mit Sicherheit darauf gerechnet werden, daß Frankreich das Problem der industriellen Bereitschaft in die Debatte wirft. Hier nun wird man naturgemäß auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen: Armeen und Flotten ziffernmäßig zu messen, läßt sich schließlich in einem gewissen Maße durchführen; aber den „Grad der industriellen Kriegsbereitschaft" einwandfrei festzustellen, ist eine ganz unmögliche Aufgabe. In der radikal-sozialistischen „Oeuvre" stellt etwa der General Taufflieb folgende Behauptungen auf: Deutschland besitzt eine gewaltige Industrie, die so eingerichtet sei, daß sie von einer Stunde zur andern auf den Krieg „umgestellt" werden könne. Desgleichen sei es ein Leichtes, die Handelsflugzeuge in militärische Flugzeuge umzuwandeln. Demgemäß ist also der Begriff „Industrie" gleichbedeutend mit dem Begriff „Rüstung", und es kann keine Abrüstung geben, ohne daß die Industrie selber vernichtet wird. Wird schließlich auch noch die englische und amerikanische Industrie in Betracht gezogen, so ergibt sich nach der Berechnung eines pazifistisch-demokratischen Generals, daß Frankreich schließlich noch mehr Kanonen und Flugzeuge und eine Vermehrung des stehenden Heeres bewilligt werden muß, damit das „Kriegspotential" auf die gleiche Höhe der übrigen Länder gebracht werde.

Eine andere, in Frankreich vielbesprochene Frage betrifft die militärische Erziehung der Jugend. Von der Rechten bis zur sozialistischen Linken sind alle Kreise der Ansicht, daß Frankreichs junges Geschlecht in jeder Beziehung „kriegstüchtig" gemacht werden müsse. Der Begriff der „Nation in Waffen" spielt eine größere Rolle als je, und Painlevé selber wies in einer seiner letzten Reden auf die Notwendigkeit hin, die egsamte Erziehung in militärische Bahnen zu lenken. Gerade über diesen Punkt wird bei den nächsten Debatten über die Abrüstung zweifellos eine große Schlacht entbrennen; Frankreich steht dabei auf dem Standpunkt, daß die militärische Jugenderziehung in Deutschland eine Tatsache sei, und daß ihm gestattet werden müsse, die mangelnde Zahl durch größere technische Hilfsmittel zu ersetzen.

Der neue Ernährungsminister.



Dr. Haslinde,

Regierungspräsident in Münster, der vom Reichspräsidenten zum Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft ernannt wurde. (Die Aufnahme wurde gemacht beim Eintreffen Dr. Haslindes in Berlin.)

Auslandsdeutschtum.

Das Deutschtum in Rumänien.

Das Jahr 1925 brachte dem Deutschtum harte parlamentarische Kämpfe um das Privatschulgesetz, das Bakkalaureatsgesetz, das Gesetz für die Verwaltungsreform u. a. m. Erschreckend waren die Wirkungen des Bakkalaureatsgesetzes, auf Grund dessen sich die deutschen und andere Mittelschulabsolventen der Prüfung in einer fremden Stadt durch eine fremde Kommission in fast allen Fächern nicht in ihrer Muttersprache, sondern in der rumänischen Staatssprache unterziehen mußten; von den deutschen Prüflingen fielen 52 Proz. durch. Das Ringen um das Privatschulgesetz, das fast zwei Jahre währte, erzielte schließlich doch eine Reihe von Verbesserungen hinsichtlich der Anerkennung und Autonomie der Kirchenschulen. — Bedrohlich waren in den letzten Monaten die Meldungen über Mißernte und Hungersnot in Bessarabien. Die einsetzende Auswanderungsbewegung deutscher Bauern nach Brasilien konnte trotz aller Bemühungen der deutschen Parlamentsfraktion und der Bereitwilligkeit der übrigen deutschen Gebiete Rumäniens, die hungernden Deutschen Bessarabiens aufzunehmen, nicht verhindert werden.

Aus Stadt und Umgebung.

Deutsche Tracht.

Man schreibt: Die Not der letzten Jahre hat uns gelehrt, manche gedankenlose Ausländerei in Sitten und Gewohnheiten abzustreifen und uns auf unsere guten deutschen Eigenarten zu besinnen. Nur auf einem Gebiete will es nicht vorangehen: auf dem Gebiete der Mode — oder deutsch ausgedrückt — auf dem Gebiete der Tracht. Unsere Frauentrachten zeigen nichts mehr von deutscher Scheu und Zurückhaltung, von deutscher Innigkeit und Feinheit. Wenn wir auf einem Gebiet internationalisiert sind, dann sind wir es auf dem Gebiete der weiblichen Trachten. Wenn man sich über die Bedeutung dieser Tatsache klar ist, versteht man auch manches andere undeutsche Fühlen und Denken. Auch unsere männlichen Trachten zeigen viele ausländische Züge. Denken wir nur an die zimperlichen Halbschuhe und seidenen Strümpfe, an den englischen Schnitt des Anzuges. Wahrlich, unsere deutsche Volksseele spiegelt sich schon lange nicht mehr in unserer Tracht wieder. Deutsch empfunden sind nur noch die Uniformen unserer Soldaten undBeamten und — freilich oft übertrieben — die Kleidung unserer wandernden Jugend. Wir müssen wieder eine Gewandung haben, in deren Schlichtheit und Einfachheit die unverschuldete Not unseres Volkes und der Wille zur Ueberwindung dieser Not zum Ausdruck kommt. Diese Gewandung muß nur deutsch empfunden sein und deutsch wirken. Ein solcher Anzug ist für Männer in den letzten Jahren geschaffen worden. In Berlin hat sich eine Gemeinnützige Gesellschaft unter dem Namen „Deutsche Tracht" gebildet, die diesen Anzug zu einem mäßigen Preise herstellt und für diese Einheitstracht der Einfachheit eine große Werbetätigkeit entwickelt. Der Anzug soll allem überkommenen Zwang zum Trotz bei jeder Gelegenheit getragen werden. Es handelt sich um einen Anzug von bräunlichroter Farbe, der seinem Schnitt nach ein Mittelding zwischen Sport- und Reiseanzug darstellt. In der Tat sieht man auch in unserer Gegend diese deutsche Tracht schon öfter. Hoffen wir, daß dieser gesunde Gedanke einer einfachen deutschen Einheitstracht für Männer wirklich Fuß faßt. Möge er vor allem den Anreiz geben, daß wir auch auf diesem Gebiet der Frauentracht wieder zu deutscher Züchtigkeit und Einfachheit zurückkehren. Auf jeden Fall ist durch die Schaffung der „Deutschen Tracht" endlich etwas Tatsächliches geschaffen worden, und das ist bei uns theoretisierenden Deutschen, die sich so gerne und so lange bei der Vorrede aufhalten, immer schon bemerkenswert.

Schwerte, den 27. Januar.

+ **Rektor Berensmann †.** Wieder einmal durcheilt eine Trauerkunde unsere Stadt: Rektor Wilhelm Berensmann starb! — Wer kannte nicht den biederen alten Herrn, der noch vor wenigen Jahren als Siebziger, frisch und froh, glücklich in seinem Beruf, alltäglich unserer Sedanschule zueilte! Vor 50 Jahren verließ er seine ihm bis in den Tod lieb gebliebene Schulgemeinde Höchsten, um hier in Schwerte der Jugend seine beste Kraft zu widmen. Manch einer weiß von ihm zu erzählen, wie er durch sein großes Lehrgeschick, durch seinen natürlichen Schneid und doch mit wohlwollender Zuneigung die Achtung und Liebe seiner Schüler und Schülerinnen zu erwerben wußte. Gerade die Zahl der letzteren geht wohl über die Tausende hinaus. War er doch seit 1888 Lehrer der ersten Mädchenklasse und unterrichtete dazu einige Jahrzehnte an unserer einstigen Töchterschule. Wie mancher Frau und Mutter, nein vielen berufstätigen Damen hat er doch ein Wegweiser fürs Leben sein dürfen! Die Verehrung und Dankbarkeit, die man dem greisen ehemaligen Lehrer so gern bis in seine letzten Tage bewies, haben es ihm wohl immer wieder gezeigt, daß aufrichtige, selbstlose Lehrerarbeit ein Segenswert ist. — Was er aber seinen Schülern war, nicht minder war er es seinen Amtsbrüdern: ein treuer Freund und hilfsbereiter Weggenosse. Vielen unter ihnen hat er es durch die Tat beweisen dürfen, daß es ihm eine Freude war, anderen Gutes zu tun, ihnen ihr Fortkommen in diesem für manchen so schweres Dasein zu erleichtern. Eine glückliche Häuslichkeit, eine edle, hochherzige, ihm leider zu früh entrissene Gattin, brave, strebsame Kinder in angesehenen Stellungen haben es ihm aber hundertfach entlohnt, wenn ihm dennoch das Leben einmal Enttäuschungen bot. — Die Schule war ihm alles. Vereinsmensch ist er nie gewesen. Er blieb sich darin in seinem ganzen Leben gleich. Anders konnte er nicht handeln. Wie er als echter Westfale im Eltern-

Was die Liebe vermag

Roman von Eduard Wagner.

8. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Das Hausmädchen erschrak und wurde bleich. Gestern abend erst hatte sie Emmy besucht und mit dieser von ihrer Mutter gesprochen. Sie hatte gehofft, daß die arme betrogene Frau in ihre Heimat zurückkehren könnte, ohne ihr Geheimnis zu verraten; doch jetzt war alles vorbei.

Mrs. Reynold und ihr Sohn traten ins Empfangzimmer, nicht beachtend, daß das Hausmädchen verwirrt und ratlos dastand.

Aber ihre Unschlüssigkeit wurde schnell durch das Erscheinen der Madame Boncourt beseitigt. Die Besitzerin des Instituts war eine geborene Engländerin, die einen Franzosen geheiratet hatte und nun Witwe war. Ihr französischer Name war ein Kapitel gewesen und hatte ihrem Institut eine bevorzugte Stellung verschafft.

Das Mädchen beeilte sich, ihrer Herrin zu melden, daß Besuch im Empfangszimmer sei.

Madame Boncourt trat ins Zimmer. Sie hatte Mrs. Reynold gesehen, als diese ihre Tochter vor drei Jahren in die Anstalt gebracht hatte, und erkannte sie sogleich wieder. Sie begrüßte die Dame freundlich, verbeugte sich höflich vor Mr. Reynold und nahm dann in der Nähe ihrer Gäste Platz.

„Ich bitte um Entschuldigung, daß ich gleich auf die Ursache meines Besuches zu sprechen komme, Madame Boncourt," sagte Mrs. Reynold. „Ich habe seit drei Monaten keinen Brief von Emmy erhalten. Sie werden meine Besorgnis um mein Kind begreiflich finden. Ist meine Tochter gesund?"

Madame Boncourt sah ihre Gäste überrascht an.

„Es muß ein Irrtum obwalten," erwiderte sie. „Ich verstehe Sie nicht, Madame. Wie kann ich das Wissen?"

„Ist sie nicht in Ihrer Obhut?" rief die besorgte Mutter erregt aus. „Lassen Sie mein Kind rufen!"

„Beruhigen Sie sich, Madame. Ich verstehe Sie wirklich nicht. Erwarten Sie, Ihre Tochter hier zu finden?"

„Wo sollte ich sie sonst suchen?" rief Mrs. Reynold und ihre bleichen Lippen zuckten.

„Sie ist nicht hier," sagte Madame Boncourt. „Sie hat das Institut seit beinahe einem Jahre nicht mehr besucht."

„Sie ist nicht hier!" stieß die Mutter hervor. „Sie blieb während der Sommerferien in London und nahm Musikunterricht, wie Sie wissen. Ich verlebte die Ferien in der Schweiz, und Miß Reynold war ganz ihre eigene Herrin. Sie kam und ging wie es ihr gefiel; nur daß sie ein Hausmädchen auf ihren Ausgängen begleitete. Im September, gerade vor meiner Rückkehr, verließ sie das Institut. Ich glaubte, daß sie sich nach Hause begeben habe, und wunderte mich, daß sie nicht wiederkam. Sie war meine bevorzugteste Schülerin, und ihre Schönheit und ihr Talent machten uns große Ehre. O, kann es möglich sein, daß sie verschwunden ist!"

Mrs. Reynold saß bewegungslos und mit entsetzten Mienen da, während Robert Madame Boncourt ungläubig anschaute.

„Was hat das zu bedeuten?" fragte er mit bebender Stimme. Er wandte sich zu seiner Mutter, um diese zu beruhigen.

„Allmächtiger Gott, das ist zu viel!" rief diese im schmerzlichen Tone. „Sie bekam alle meine Briefe, welche ich an sie hierher sandte; denn ich erhielt bis vor drei Monaten ihre Antwort darauf. Ich habe bis heute Briefe an sie geschrieben und hierher adressiert. Wie sollte sie diese bekommen haben wenn sie nicht hier ist?"

„Ich habe nie einen dieser Briefe gesehen," antwortete Madame Boncourt. „Die Brieftasche wird gewöhnlich von einem meiner zwei Hausmädchen geleert. Ich will eine Untersuchung vornehmen. Wenn Miß Reynold Ihre Briefe empfangen und sie beantwortet hat, so muß sie eine Vertraute in diesem Hause haben. Ich glaube, annehmen zu dürfen, daß es Henriette Kelting ist, welche ihr sehr ergeben war. Ich will sie rufen."

Sie klingelte.

Henriette hatte die Zeit benutzt, um ein paar Zeilen zu schreiben und sie durch einen Boten an Emmy zu senden. Der Bote war bereits auf dem Wege, als sie den Befehl erhielt, ins Empfangszimmer zu kommen. Hier wurde sie einem scharfen Verhör unterworfen, und nach einigen Versuchen, auszuweichen, mußte sie gestehen, daß Emmy noch lebte und in London sei, sowie daß sie die ankommenden Briefe an die junge Dame besorgt habe; mehr aber war von ihr nicht zu erfahren. Sie verweigerte entschieden jegliche Auskunft, welche zur Lösung des Rätsels hätte führen können.

„Hier muß ein furchtbares Geheimnis vorliegen," sagte Madame Borcourt. „Wenn Sie wissen, wo die junge Dame ist, so geben Sie ihrer Mutter die Adresse, Henriette," sagte sie eindringlich.

Das Mädchen zog ein Stückchen Papier aus ihrer Tasche, auf welchem Emmys Adresse notiert war.

Mrs. Reynold ergriff hastig den Zettel und starrte eine Weile auf die Buchstaben; dann verließ sie nach raschem Abschied von Madame Boncourt mit ihrem Sohne das Haus, stieg in den Wagen und gab dem Kutscher Befehl, wohin er fahren sollte.

„Fasse dich, Mutter," sagte Robert, als der Wagen wieder durch das Gewirr der Straßen dahinrollte, „Emmy lebt!"

„Ja, sie lebt!" erwiderte die Mutter mit schmerzlicher, verzweiflungsvoller Stimme, „aber für uns ist sie vielleicht verloren!"

5. Kapitel.

Der Fluch der Mutter.

In rascher Fahrt brachte der Wagen Mrs. Reynold und ihren Sohn nach dem Grayschen Hause auf der Surryseite der Themse. Es war Abend. Die Straßenlaternen waren bereits angezündet und die Fenster des Hauses, vor welchem der Wagen hielt, erhellt. Robert sprang aus dem Wagen. Er eilte die Stufen, die zu der Haustür führten, hinauf und zog die Glocke. Mrs. Reynold folgte ihrem Sohne mit banger Ungeduld. Mit Verwunderung betrachtete sie die ärmlichen Häuser der Straße. Was mochte Emmy veranlaßt haben, Zuflucht in einem Hause, wie dieses war, zu suchen? Ihre Gedanken wurden durch Mrs. Gray unterbrochen, welche die Tür öffnete.

„Wir wünschen Miß Reynold zu sprechen," sagte Robert.

„Miß Raynold?" fragte die Frau verwundert. „Ich kenne keine Miß Reynold. Ich habe den Namen nie zuvor gehört."

Mrs. Reynold flimmerte es vor den Augen, und sie lehnte sich zitternd gegen die Wand.

„Vielleicht ist sie verheiratet," nahm Robert wieder das Wort. „Ihr Mädchenname war Emmy Reynold."

„Ah, Miß Emmy!" rief Mrs Gray aus. „Und sie sind gekommen, um sie zu besuchen? Sind Sie ihre Verwandten?"

„Ja."

„Dann folgen Sie mir in ihr Zimmer. Ich kannte ihren Familiennamen nicht; wir kennen sie nur als Miß Emmy."

Mrs. Reynaold berührten diese einfachen Worte der Frau auf das peinlichste. Eine tiefe Bläße überflog ihr Antlitz, während sie gewaltsam nach Fassung rang.

„Emmy ist meine Tochter," sagte sie. „Bitte führen sie uns gleich zu ihr."

(Fortsetzung folgt.)

hause erzogen war, bieder und wahr, christlich und patriotisch, so war er es bis in den Tod. Und wenn ihm mit anderen auch manche Aplerbecker Freunde und einstige Nachbarn am Donnerstag das letzte Geleit gegeben haben, so werden sie es mit uns bezeugen: „Wir haben einen guten Mann begraben — und uns war er mehr."

+ **Aus alter Zeit.** Unsere gute Stadt Schwerte steht gegenwärtig im Zeichen der „Nachbarschaften". In einigen Bezirken haben diese Zusammenkünfte schon stattgefunden, in anderen wird eifrig für dieselben gerüstet. Es handelt sich bekanntlich um eine Jahrhunderte alte Einrichtung, die den Zweck hat, die Nachbarn menschlich einander näher zu bringen. Zu diesem Zweck war und ist noch heute die Stadt in eine Anzahl Bezirke, sogen. „Schichte" eingeteilt, an deren Spitze ein immer auf 1 Jahr gewählter „Schichtmeister" stand. Dieser „Schichtmeister" hatte alle wichtigen Begebenheiten seines Bezirks in ein Protokollbuch einzutragen, und da verschiedene dieser heute noch vorhandenen Bücher bis in das 16. Jahrhundert zurückreichen, bilden sie für spätere Geschichtsschreiber eine wichtige Fundgrube und ein getreues Spiegelbild der damaligen Zeit. Einmal im Jahre kam jede „Schicht" in einem im Bezirk belegenen Gasthaus zusammen, wo man beim westfälischen Pfefferpotthast oder Sauerkraut mit Schinken und schäumendem Gerstensaft fröhlich beisammen saß, die Ereignisse des vergangenen Jahres besprach und sich aufs neue treue Nachbarschaft in Freud und Leid gelobte. Die Bedienung der Gäste lag dem jeweiligen Schichtmeister ob. Wir hoffen gern, daß diese alte schöne Sitte in unserer Stadt immerdar erhalten bleibe. — „Nachbarschaften" in diesem Sinne kennt man in Westfalen u. a. auch in Westhofen, Herdecke und Lüdenscheid.

÷ **Bürgersteig an der Bahnhofstraße.** Endlich erhielt auch die Ostseite der Bahnhofstraße den so lange notwendig gewordenen neuen Bürgersteig. Auch diese Anlage wird im sogen. Paderborner Pflaster ausgeführt, wodurch ein einheitliches Bild geschaffen wird. Die Arbeiten sind bereits rüstig im Gange, und bald werden die alten häßlichen Platten des bisherigen Bürgersteigs verschwunden sein.

+ **Ein nicht alltäglicher Transport** bewegte sich gestern mittag durch die Straßen der Stadt zur Polizeiwache. Der Arbeitslose Ewald Z. hatte sich derart mit Alkohol füllen lassen, daß ihm auf der Hagener Straße die Füße den Dienst versagten und er sich an der Ecke der Schulstraße zum Schlafen niederlegte. Infolge des darob entstandenen Menschenauflaufs wollte ihm die Polizei eine Schlafstelle in einer Polizei-Arrestzelle anweisen, und da Z. ganz außerstande war, zu gehen, mußte der Transport mittels einer Ziehkarre erfolgen zum größten Gaudium der lieben Jugend. Ganz nüchtern wird Z. jedenfalls erst werden, wenn ihm die „Hotel-Rechnung" in Gestalt eines Strafmandats unter die Nase gehalten wird.

÷ **Vom Wochenmarkt.** Der Wochenmarkt gestaltete sich den vorhergegangenen Wochenmärkten gegenüber besser. Gemüse und dergl. war reichlich vorhanden. Es kosteten: Wirsing 12 ₰, Kappus weiß 10 ₰, rot 15 ₰, Salat 50 ₰, Wurzel 15 ₰, Feldsalat 35 ₰, Blumenkohl 50 ₰, Rosenkohl 50 ₰, Grünkohl 15 ₰, Zwiebel 15 ₰, Schwarzwurzel 50 ₰, Apfel 20 u. 25 ₰, Apfelsinen 12, 16, 16 und 20 Stck. 1 ℳ, Bananen 45 ₰, Heringe 20 Stck. 1 ℳ, Grüne Heringe 3 Pfd. 1 ℳ, Schellfisch 35 ₰, Kabeljau 40 ₰, Eier 5 Stck. 1 ℳ, Butter 2 ℳ.

÷ **Vortrags-Vereinigung.** Zu dem am 2. Februar, abends 8 Uhr, im Evgl. Gemeindehaus stattfindenden Lieder- und Balladen-Abend ist ein ebenso reichhaltiges wie künstlerisch fein zusammengestelltes Programm ausersehen. Als Solisten hat die Vortrags-Vereinigung die beiden Herren Karl Heinz Lohmann (Baß) und Heinz Schüngeler (am Flügel) verpflichtet. Beide sind uns am Orte nicht mehr fremd. Besondere Sympathien hat sich Karl Heinz Lohmann bei hiesigen Musikfreunden erworben. Seinen letzten Triumph feierte er an seinem Liederabend im Kammermusiksaal der Stadthalle zu Hagen im vorigen Jahre, von dem wir noch ausführlicher berichten werden. — Auf dem Programm stehen Lieder von Schubert, der Liederkreis von Robert Schumann, sechs Pierrot-Lieder von Kolwalski und zwei Balladen von Löwe. Jedem Besucher winken Stunden höchsten musikalischen Genusses. Die historische Bedeutung Franz Schuberts liegt in seinen Liedern und wurde durch ihn das Kunstlied erst geschaffen. Er brachte damit die Stilreform, die Haydn, Mozart und Beethoven auf instruktivem Gebiete vollendeten, auf dem Spezialgebiet der lyrischen Vokalmusik zum Abschluß. Die Universalität im Ausdruck, die er hier entfaltet, ist etwas ganz Neues und Unerhörtes in der Musikliteratur. Unter den 500 Liedern, die Schubert unsterblich machten, nehmen die aus dem Programm „Viola" und „Wehmut" einen ersten Platz ein. Robert Schumann ist ebenfalls wie sein Vorgänger ein hervorragender Repräsentant der musikalischen Romantik. Obgleich Schubert und Schumann von Natur aus lyrisch veranlagt waren und daher ihren Schwerpunkt in der subjektiven Aussprache ihres Empfindens suchten und fanden, so erscheinen beide auf ihre Art originell und stark individuell gefärbt. Bewußt knüpft Schumanns Subjektivismus an Schubert an, dessen Schöpfung durch ihn nicht unwesentlich ausgebaut wurde. Sein Liederkreis gehört zu den besten Schätzen der Nation. Eine feine Ergänzung erhält das Programm durch die Lieder von Max Kowalski. Diese sechs Pierrot-Lieder von dem italienischen Lustspiel-Dichter Albert Giraud wurden von Kowalski in der gleichen tief empfundenen, derb-komischen Weise, wie ihr Inhalt, vertont. — Einen unvergänglichen Ruhmestitel hat sich Karl Löwe durch seine zahlreichen Balladen erworben, für welche Art der Liedkomposition er zuerst eine unterscheidende Form gefunden hat, die durch Umbildung festgehaltener Motive den epischen Charakter zur Geltung bringt. Einer besonderen Beliebtheit erfreuen sich „Der Nöck" und „Edward", die am Konzertabend zum Vortrag gelangen. — So wird nicht nur der Musikfreund voll auf seine Kosten kommen, sondern auch der Laie einige Stunden schönsten Genusses verbringen. — Der Kartenverkauf hat in den bekannten Vorverkaufsstellen bereits eingesetzt.

÷ **Deutsche Volkspartei.** Der Ortsverein Schwerte und Umgegend der Deutschen Volkspartei tagte am Montag abend im Lokale des Herrn Schulte, Restaurant „Zum neuen Rathaus". Herr Dr. Berkenkamp, der Vorsitzende des Vereins, begrüßte die zahlreich Erschienenen, sprach über die Tätigkeit des Vereins bei den letzten Kreistagswahlen und erteilte dann Herrn Dr. Bisplinghoff aus Dortmund das Wort zu seinem Vortrage über „Die politische Lage". Er hob zunächst das Zustandekommen der neuen Regierung nach langen Verhandlungen hervor und bedauerte besonders, daß die Deutschnationalen aus der Regierung ausgetreten seien und uns arg enttäuscht hätten. Das neue Kabinett stehe nun vor wichtigen Aufgaben. Das deutsche Volk müsse aus seiner schlimmen wirtschaftlichen Lage herauskommen und den Ertrag seiner Arbeit zu steigern suchen. Deshalb bedürfe die Frage der Aus- und Einfuhr einer besonderen Beachtung, um Deutschland auf dem Weltmarkt wieder konkurrenzfähig zu machen. Redner besprach weiter die Preissenkungsaktion, die Zwangsmaßnahmen auf dem Gebiete des Wohnungswesens und auf anderen Gebieten. Das Steuerwesen müsse umgestaltet werden; unbeliebt seien Lohnsummensteuer und Umsatzsteuer. Es seien nur da Steuern zu erheben, wo Reingewinn erzielt werde. Die Hauszinssteuer werde nicht in der richtigen Weise verwertet, sie müsse ganz zu produktiven Bauzwecken hergegeben werden. Man müsse befreit werden von den Lasten eines übermäßig angeschwollenen Verwaltungskörpers. Die eigentlichen Beamten seien zu stützen, aber die sogenannten Beamten, die von der Partei in ihre Stellung gebracht seien und keine Beamtenqualifikation besäßen, seien zu entfernen. Dabei müsse man oben beginnen. Neben einer sparsamen Verwaltung forderte Redner Anpassung der sozialen Lasten an die Notlage der Wirtschaft. Damit die Wirtschaft billiger produzieren könne, seien die Tarife der Eisenbahn und Post zu ermäßigen. Der Sparsinn müsse wieder geweckt und belebt werden; den Wert des Pfennigs müsse man wieder anerkennen. Es dürfe sich aber nicht nur um die Sparsamkeit des Bürgers handeln, sie sei vielmehr auch von den Verwaltungskörpern, von Reich und Staat zu betreiben. Das Kapitel der Fürstenabfindung wurde kurz gestreift und dann der auswärtigen Politik gedacht. Redner ist Freund einer praktischen Volksgemeinschaft, die in jedem den deutschen Bruder sieht. Klassenhaß und Klassenneid, Befehdung und Gezänk müßten verschwinden. Man müsse an Deutschlands Zukunft, an unseres Volkes Auferstehen glauben, dann würden deutscher Geist, deutscher Glaube, deutsche Kraft, deutsche Kunst, deutsche Wissenschaft und deutsche Technik unser Vaterland wieder hoch bringen. — Der Vorsitzende dankte dem Redner für seine lichtvollen Ausführungen und eröffnete dann die Aussprache, die sich recht lebhaft gestaltete. Der Beitrag wurde für erwerbstätige Mitglieder auf monatlich 50 ₰ festgesetzt, doch ist in diesem Betrag die Zustellung der wöchentlich erscheinenden Westfälischen politischen Nachrichten eingeschlossen. Zum Schluß wurde das System der Vertrauensmänner besprochen, wie es früher zum Segen des Vereins bestanden hat, und der Vorstand beauftragt, es wieder zur Stärkung und Belebung des Vereins einzuführen.

÷ **Wetterbericht der Wetterwarte Essen** vom 26. Januar. Die Wetterlage zeigt wenig Aenderung. Der hohe Luftdruck über Südeuropa besteht fort, während vom Ozean immer neue Tiefdruckgebiete heranziehen und ihren Weg über Nordeuropa nehmen. Wetteraussichten bis Donnerstag: Veränderlich, zeitweise auch trübe mit Regen, milde, südwestliche Winde.

÷ **Wandhofen,** 27. Jan. Silberhochzeit. Am heutigen Tage feiern im trauten Familienkreis die Eheleute Wilhelm Blum von hier das schöne Fest der silbernen Hochzeit. Dem Jubelpaar unsere herzlichsten Glück- und Segenswünsche.

l **Lichtendorf,** 27. Jan. (Gemeinderatssitzung). In der letzten Sitzung wurde unter dem Vorsitze des Amtmanns Arndt folgende Beschlüsse gefaßt: 1) Abnahme der Gemeindekassen-Rechnung 1924. Der Prüfungsbericht wurde verlesen und es wurde sodann die Rechnung in ihren einzelnen Posten geprüft und festgesetzt. Da Erinnerungen nicht zu machen waren, wurde dem Rendanten Entlastung erteilt. Die bei den einzelnen Abschnitten vorgekommenen Ueberschreitungen werden, soweit nicht bereits geschehen, nachträglich genehmigt. 2) Beschaffung von Feuerwehrausrüstungsgegenständen. Da die Beschaffung einiger Ausrüstungsstücke dringend notwendig geworden ist, wird ein Betrag bewilligt und dem Brandmeister überlassen die erforderlichen Gegenstände selbst zu beschaffen. 3) Erhöhung des Gemeindebotenlohnes. Mit Wirkung vom 1. Nov. v. Js. wird die Vergütung erhöht. 4) Notstandsarbeiten. (Wegebau). Vertretung beschließt die sofortige Inangriffnahme von Notstandsarbeiten, und zwar soll der Eichholz- und Römerweg ausgebaut werden. Seitens der Gemeinde muß eine größere Summe als Zuschuß geleistet werden und zwar rund 10 000 Mark. Die Summe soll bei der Sparkasse oder bei einem Kreditinstitut zum üblichen Zinssatze angeliehen werden. Soweit die übrigen Baukosten vom Staat nicht als verlorener Zuschuß bewilligt werden, sollen diese als Staatsdarlehen aufgenommen werden. Der Verdingtermin für diese Arbeiten ist bereits gewesen und erstattete hierüber der Kreisbaumeister Bericht. Die Arbeiten sind der Firma Syring in Aplerbeck übertragen worden.

l **Westhofen,** 27. Jan. Jahreshauptversammlung der Sängervereinigung Westhofen e. V. Am Sonnabend, den 23. Januar ds, Js. fand die diesjährige Jahreshauptversammlung im Vereinslokal Fritzenkötter statt. Um 8½ Uhr wurde die Versammlung vom 1. Vorsitzenden eröffnet. Als Punkt 1 stand zur Tagesordnung: Aufnahme neuer Mitglieder. Vier neue Mitglieder wurden hierbei einstimmig aufgenommen. Punkt 2: Rechnungslage. Der 1. Kassierer legte einen Kassenbericht ab und wurde demselben, nachdem die beiden Kassenrevisoren ebenfalls einen Prüfungsbericht vorgelegt hatten, Entlastung erteilt. Punkt 3: Jahresbericht. Der Jahresbericht wurde vom 1. Vorsitzenden erstattet. Unter anderem führte er aus, daß im vergangenen Jahre 46 Gesangstunden abgehalten worden wären. Diese Gesangstunden wurden durchschnittlich von 38 bis 40 Mitgliedern besucht, ein Zeichen dafür, daß die Mitglieder die Sangeskunst zu würdigen wissen und zu der Erkenntnis gelangt sind, daß die Gesangstunden in ihrem Verein wahre Erholungsstunden sind. Der Vorsitzende dankte den anwesenden Mitgliedern in bewegten Worten auch dafür, daß sie im verflossenen Jahre dem Verein so treu zur Seite gestanden sind und gab der Hoffnung Ausdruck, daß auch im neuen Jahre die Mitglieder dem Verein in alter Treue wieder unterstützen werden. Punkt 5: Vorstandswahl. Mit Ausnahme des 1. Kassierers wurde der gesamte Vorstand wiedergewählt. Der 1. Vorsitzende dankte den Erschienenen für das dem Vorstande entgegengebrachte Vertrauen und versprach im Namen des gesamten Vorstandes auch im neuen Jahre dem Verein die gesamten Kräfte zur Verfügung zu stellen. Punkt 6: Lokalfrage. Ueber diesen Punkt wurde man schnell einig, weil von sämtlichen Mitgliedern „Tante Ida" wiederum als Vereinswirtin vorgeschlagen wurde. Punkt 7: Dirigentenfrage. Von sämtlichen Mitgliedern wurde der bisherige Dirigent, Herr Willi Peters, wiedergewählt, nachdem vorher der Sangesbruder August Kind, welcher zum Dirigenten vorgeschlagen wurde, freiwillig zurücktrat. Herr Peters hat in den vergangenen 5 Jahren bewiesen, daß er den Dirigentenstab zu führen versteht. Es wurde hierbei noch des im verflossenen Jahre besuchten Gesangswettstreites in Holthausen gedacht, von dem die Sängervereinigung mit nur den 1. Preisen geschmückt die Heimfahrt antreten konnten. Punkt 8: Wettstreitfrage. Einstimmig wurde beschlossen, in diesem Jahre an keinem Wettstreit teilzunehmen, sondern im Sommer einen allgemeinen Ausflug zum Rhein zu unternehmen. Unter Punkt 9 Verschiedenes, wurde beantragt, Vereinsabzeichen zu beschaffen. Von den von einer Fabrik übersandten Mustern wurde dann auch eins ausgesucht und in Bestellung gegeben. Nach Schluß der Versamlung blieben die Mitglieder noch gemütlich bei einem Glase Bier beisammen.

÷ **Aplerbeck,** 27. Jan. Zu einer Schlägerei kam es am Sonntag in einem hiesigen Lokal. Bei der selben erhielt ein Arbeiter aus Schüren einen wuchtigen Schlag mit einem Bierglas auf den Kopf, so daß er sich sofort in ärztliche Behandlung begeben mußte.

÷ **Holzwickede,** 27. Jan. (Feierschicht). Die bis jetzt noch oll arbeitende Belegschaft der Zeche „Karoline" mußte gestern, Dienstag, wegen Absatzmangel feiern. Wie erlautet, soll im Laufe der Woche noch eine Schicht gefeiert werden. Jedenfalls ein trübes Zeichen der Zeit!

m **Berchum,** 27. Jan. (Sandesamtsstatistik). In der hiesigen Gemeinde wurden im vergangenen Kalenderjahr 13 Geburten, davon eine Totgeburt, 3 Sterefälle und 6 Eheschließungen beurkundet. Die Zahl der Gemeindeeingesessenen betrug am Jahresschluß 699.

Aus den Provinzen.

In Notwehr erschossen.

Letmathe, 27. Jan. Ein schwerer Zusammenstoß zwischen Streitenden und einem Polizisten hat hier stattgefunden. Der bedrängte Beamte machte von seiner Schußwaffe Gebrauch. Getötet wurde ein Arbeiter namens Müller. Ein anderer erhielt einen ernsten Rückenschuß.

Fleischvergiftung.

Iserlohn, 27. Jan. Von einem Besuch in Elsaß brachte in voriger Woche Herr Th. S., Grabenstr. wohnhaft, ein Stück Schinken mit nach Hause. Nachdem Herr S. selbst, sein Schwager und seine Schwägerin von diesem Schinkenstück gegessen hatten, erkrankten alle heftig an Vergiftungserscheinungen. Es stellten sich Brechen, Magenkrämpfe, Beeinträchtigung des Seh- und Sprechvermögens ein. Infolge Verengung der Speiseröhre konnte fast keine Nahrungsaufnahme erfolgen. Inzwischen hat sich der Zustand der beiden erstgenannten Erkrankten soweit gebessert, daß eine Gefahr nicht mehr vorliegt. Die Schwägerin liegt indessen auch heute noch sehr krank darnieder. Bei ihr ist die Nahrungsaufnahme noch immer fast unmöglich. Es ist jedoch zu hoffen, daß durch das inzwischen erfolgte ärztliche Eingreifen baldigst eine Besserung eintritt. — Eine kreisärztliche Untersuchung des Vorfalles ist eingeleitet.

Verbrannter Lastkraftwagen.

Westig, 27. Jan. Der Fima Otto Kuhlmann u. Co., Westig, verbrannte vorgestern abend bei Elsenfohren ein 5 Tonnen Lastwagen vollständig. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

Kündigung.

Wickede-Asseln, 27. Jan. Wieder trifft die Belegschaft der Schachtanlage „Holstein" der Phönix A.-G. ein schwerer Schlag. Da in Kürze ein Revier der Zeche stillgelegt wird, sollen bis zum 15. Februar ca. 100 Bergleute entlassen werden. So traurig die Zustände schon durch die Stilleung der Zeche Massen geworden sind, umso trauriger wirken diese Maßnahmen auf die wachsende Not der Bevölterung, und mehr noch, da die Leute hier meistenteils seßhaft sind und die Erlangung einer neuen Arbeitsstätte, sofern sie überhaupt zu erreichen ist, mit vielen Umständen verknüpft ist.

Einbruchsversuch.

Wickede-Asseln, 27. Jan. Bei dem Steiger Sch. wurde ein Einbruch versucht. Einer der Langfinger war in den Keller gestiegen, indem er eine Fensterscheibe eingedrückt hatte, während zwei seiner Komplizen Schmiere standen. Sch., der durch das Knipsen der Sicherungen der elektrischen Leitung erwachte, fand seine Vermutung, daß der Dieb das Licht absichtlich ausschalten wollte, bestädigt, denn das Licht funktionierte nicht. Da Sch. keine Waffe und auch kein Licht hatte, um den Dieb entgegenzutreten, wartete er der Dinge, die da kommen sollten. Doch schien nun auch dem Dieb es nicht mehr geheuer zu sein, denn nachdem er ca. 2 Stundenregungslos verharrte, stieg er wieder durch das Kellerfenster und suchte das Weite.

Sittlichkeitsvergehen.

Nachrodt, 27. Jan. Verhaftet und dem Amtsgericht Altena zugeführt wurde der Arbeiter H. R. von hier. Schwere sittliche Verfehlungen, begangen an seinen beiden minderjährigen Stieftöchtern, sind der Grund zur Verhaftung.

Volkstrauertag am 28. Februar.

Der Volkstrauertag soll ein Symbol sein, in dem wir uns über alle Zerrissenheit hinweg einig zusammenfinden können. Ein Tag im Jahre, der unseren Kriegsgefallenen gehört, an dem die Toten des Weltkrieges uns allen gehören. Das ist der Gedanke des Volkstrauertages, um den der Volksbund „Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V." seit Jahren kämpft. Die machtvollen Feiern am 1. März des Vorjahres in Berlin und im ganzen Reiche berechtigten zu der Hoffnung, daß in Kürze der Gedenktag an die Gefallenen des Weltkrieges gesetzlich festgelegt werden würde. Diese Hoffnung hat sich leider nicht verwirklicht. Auf Anregung des Ausschusses für die Festsetzung eines Volkstrauertages, an dessen Spitze der Präsident des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. steht, hat daher die Reichsregierung beschlossen, wie im Vorjahre im Verwaltungswege die Feiern zu schützen. Es ist erwünscht, daß außer den öffentlichen Gebäuden, die auf behördliche Anordnung hin halbmast flaggen, auch möglichst viel private Gebäude die Flagge auf halbmast setzen. Die Veranstaltung der Feiern selbst hat der Volksbund in die Hand genommen. Sie werden darin bestehen, daß der Vormittagsgottesdienst im Zeichen des Volkstrauertages steht, mittags von 1 bis 1.15 Uhr gleichzeitiges Glockenläuten aller Kirchen stattfindet und in den Nachmittags- oder Abendstunden öffentliche Saalfeiern abgehalten werden.

Drei musikalische Gedenktage.

Von Hansjörg Dammert.

In den letzten Tagen des Januar begegnen sich drei Gedenktage an drei Musiker, die man zu den größten aus dem Reiche der Klänge zählen darf.

Am 21. wurden es 75 Jahre, daß Albert Lortzing noch in jungem Alter, doch schon von schwersten Existenzsorgen zermürbt, das Leben ließ.

Und auf den 27. fallen zwei Gedenktage: vor 25 Jahren starb der größte und volkstümlichste Opernkomponist Italiens und nicht nur Italiens, Guiseppe Verdi, als Greis von fast 90 Jahren. — Und gleichzeitig erleben wir den 170. Geburtstag des größten Sonnenkindes der Musikliteratur: Wolfgang Amadeus Mozart erblickte am 27. Januar 1756 in Salzburg das Licht der Welt.

Dies der Tatbestand, über den einiges zu sagen wäre.

*

Ein seltsames Zusammentreffen. Die drei haben kaum etwas gemeinsam. Allenfalls könnte man das Epitheton, das ich vorhin bei Mozart gewählt habe, für alle drei anwenden: „Sonnenkind".

Obwohl es verschiedene Sonnen waren, die ihnen strahlten: für Verdi die südliche italienische Sonne, die sich in seinen Werken überall Bahn bricht. Mit der Intensität des Empfindens, das südlichen und obendrein katholischen Völkern eigen ist, und das wir obenhin als Trivialität bezeichnen, wußte er selbst großen tragischen Werken Plastik und schimmernde Leuchtkraft zu geben. Dies trifft sogar für sein einziges und erhaltenes Kirchenwerk, sein Requiem, zu. Und daß wir zuweilen diese Religiosität, diese Inbrunst, die uns aus jedem Takt dieses Prachtwerkes entgegenspringt, als zu theatralische Frömmigkeit auffassen, liegt an uns.

Er ist immer und iemals zutiefst Italiener. Und wir — jedenfalls mancher von uns Deutschen — tun unrecht, von seiner Volkstümlichkeit auf nicht hohes Niveau seiner Kunst schließen zu wollen.

Er ist ein Sonnenkind.

*

Was Mozart und Lortzing anbelangt, so wuchsen sie künstlerisch im Licht der Wiener Sonne heran. Die Atmosphäre, die einst den jungen Mozart umgab, war zu Lortzings Zeiten noch wenig verändert.

Nichtsdestoweniger sehen wir in ihnen zwei grundverschiedene Ableger des bekannten „Wiener

Musikanten"-Types. Denn es hatte sich zwar die Musikseligkeit der österreichischen Residenz nicht geändert, wohl aber der Stil: vom Rokoko zum Biedermeier.

Das heißt: ich will — um Gottes willen nicht — behaupten, Mozarts Kunst sei eine Ausgeburt des Rokoko. Aber sein ewiges Musikgenie hatte den guten Instinkt, sich halbwegs seiner Zeit anzupassen. Seiner Musik fehlt jede Konzession an Schönlichkeit, an krause Schnörkel, die dem Zeitstil eigen sind; seine Kunst ist in Form und Gefühl einheitlich, abgerundet und großzügig gebaut, wie von den im wahren Sinne großen Menschen und Künstlern aller Zeiten und Stilarten.

(Es ist schwer, seine Eigenschaften ohne Superlative und andererseits ohne Blasphemie sachlich wiederzugeben. Ich gestehe darum, daß vorigem Abschnitt ganz die Ekstase fehlt, in die ich sowie jeder Musikfreund beim Hören seiner Schöpfungen versetzt wird.)

Mozarts Humor ist nicht iocus, nicht gaudium, er hat nichts Spaßiges, nichts, was an das Lärmen eines Volksfestes erinnert (was wir bei Lortzing finden) — nein, es ist in seiner Musik nichts als Serenitas, als Heiterkeit, Lächeln, oft mit Tränen in den Augen, aber immer so weltverzeihend wie weltabgewandt.

Dort, wo Mozarts Musik von zarter, aber bestimmter Färbung ist, greift Lortzing in das volle Menschenleben, in die Heiterkeit einer Massenbelustigung. Wäre er hundert Jahre später geboren, er wäre der größte Jazz-Band-Häuptling seiner Zeit — etwa wie heute Irving Berlin (mit einiger Reserve).

Er ist ganz von der Heiterkeit seines Zeitgeistes durchdrungen, und die weist ihn auf die künstlerische Operette. Seine komischen Opern sind nicht viel anderes als Operetten auf dem höchsten, allerhöchsten Niveau.

Der Begriff der Operette ist heute durch Nichtskönnen zu etwas sehr Flachem umgebogen. Es bleibt der jungen jazzbesessenen Generation vorbehalten, eine Zeitoperette zu schreiben, die durch Jahrhunderte lebensfähig ist, wie „Zar und Zimmermann", wie der „Wildschütz" ....

Lortzing ist — mit wenigen Worten gesagt — der beste Komponist der „alten guten Zeit".

Mozart ist trotz seines Zeitstils ein Ewiger.

Lortzing ist durch seinen Zeitstil ein Ewiger.

*

Ich bekomme nachträglich einen Schrecken, wie ich, nur durch das kalendermäßige Zusammentreffen verleitet, einen Vergleich zwischen drei grundverschiedenen Temperamenten ziehen konnte.

Es bleibe dem Leser vorbehalten, alle drei Meister in gehöriger Distanz voneinander durch Hören oder Spielen ihrer Meisterwerke aus dem Elysium zu beschwören.

Aber, wie gesagt, mit gehöriger Distanz.

Was äußerlich allein durch die groteske Entgegengesetztheit ihrer Leichenbegängnisse bedingt wird: Hinter Verdis Sarg ging in Trauer ein ganzes Volk, während Mozart sowohl wie Lortzing durch Zutun ihrer Freunde ein kümmerliches Begräbnis in der Armenerde zuteil wurde ...

—oo—

Literarische Rundschau.

Dem Preisrichterkollegium zur Entscheidung über den von den Verlagen des „Hamburger Fremdenblattes" und der „Münchener Neuesten Nachrichten" ausgesetzten Preis von 100 000 Mark für den besten Zeitungsroman oder von je 50 000 Mk. für die beiden besten Zeitungsromane sind mehr als 300 Arbeiten zugegangen. Mit Stimmenmehrheit wurden die Romane „Borwin Lüdekings Kampf mit Gott" von Dr. Elsa von Bonin in Brettin bei Genthin und „Der Weg aus der Nacht" von Edmund Kiß in Recklinghausen preisgekrönt. Diesen beiden Verfassern fallen somit Preise von je 50 000 Mark zu. Ferner haben beide Verlage auf Vorschlag des Preisgerichts noch elf Romane käuflich erworben.

—oo—

Flug-Sport.

Das neue Großflugzeug Udet-Kondor U 11.

München, 26. Jan. Soeben hat auf dem Flugplatz Schleißheim bei München der Udet-Kondor U 11 seinen ersten Probeflug glücklich bestanden. Udet-Kondor U 11 stellt das erste Exemplar eines Großflugzeuges dar, der vornehmlich für die Ueberquerung der Zentralalpen in regelmäßigen Luftverkehr gedacht ist. Der Konstrukteur ist der Ingenieur Herman der Udet-Flugzeugbau G. m. b. H. München-Ramersdorf, welche letztere den Bau durchführte. Das neue Riesenflugzeug ist ein freitragender Hochdecker mit einer Spannweite von 22 Meter und einer Tragfläche von etwa 70 qm. Udet-Kondor U 11 verfügt über vier Motore; je zwei Siemens-Motoren hängen rechts und links vom Rumpf in Gondeln unterhalb des Tragdecks und treiben durch verlängerte Wellen insgesamt vier Druckpropeller. Die Tragfläche besteht aus Holz bezw. Leinwand; der 15 m lange Rumpf dagegen ist aus Duraluminium gefertigt. Die Kabine ist äußerst geräumig und bequem eingerichtet, 11 Passagiere finden darin reichlich Platz, für die auch ein besonderer Gepäckraum eingerichtet ist. Der Udet-Kondor U 11 führt in einer besonderen Kabine eine Funkeinrichtung mit, die für alle künftigen Großflugzeuge dieses Typs vorgesehen ist. Soll doch die Ueberquerung der Zentralalpen in einer Höhe von 5000 m erfolgen, mit dem Zwecke, sich von den Witterungseinflüssen unabhängiger zu bewegen und hierbei ist eine ständige Verbindung mit der Erde notwendig, da der Pilot bei jedem Wetter fliegen wird, auch wenn er den Erdboden nicht immer zu sehen vermag. Vor dem Doppelführersitz befindet sich im vordersten Teil des Rumpfes, in dem überhaupt kein Motor mehr eingebaut ist, ein offener Stand, der den Passagieren zeitweiligen Aufenthalt in der freien Luft gestattet. Auch soll ein besonderer „Orter" das Flugzeug begleiten, der lediglich die Aufgabe hat, die Navigationsverhältnisse zu beachten und die Verbindung durch den Funkdienst aufrechtzuerhalten. Das Leergewicht des Udet-Kondor U 11 beträgt 3000 kg = 60 Zentner. Dazu kommt eine Nutzlast (Passagiere und Fracht) von etwa 2000 kg = 40 Zentner, so daß das Gesamtgewicht des Flugzeuges bei voller Belastung rund 5000 kg = 100 Zentner betragen wird. Die Spurweite zwischen den beiden Anlaufrädern mißt 3,60 m.

Bei dem ersten Versuchsflug, den der Pilot Harry Rother (welcher noch vor kurzer Zeit zu Ehren eines hiesigen Freundes einige Schleifen mit seinem Flugzeug über unserer Stadt machte) von dem ehemaligen Süddeutschen Aero-Lloyd vornahm, lag die Maschine ausgezeichnet schön in der Luft. Es war ein kleiner Kreis von Fachleuten zugegen, vor allen Dingen Ingeneure und Konstrukteure der Udet-Flugzeugbau G. m. b. H. Ernst Udet selbst war zu diesem Flug eigens auf seinem skigestiefelten Flamingo U 12 vom Eibsee her in einem Rekordflug von 28 Minuten nach Schleißheim herbei geeilt. Die Anregung zum Bau dieses Flugzeuges ging vom Reichsverkehrsministerium und dem ehem. Süddeutschen Aero-Lloyd aus und zwar ist der Typ gedacht für die Befliegung der Strecken München—Mailand—Rom. Vorausgehen muß der Inbetriebnahme dieser Strecke eine vernünftige Auseinandersetzeung mit Italien, die noch aussteht. Nach einer Vereinigung der bestehenden Schwierigkeiten wird dieses Flugzeug ohne Zwischenlandung in 3½ Stunden in 5000/6000 m Höhe von München nach Mailand fliegen und von dort in weiteren 3½ Stunden ebenfalls ohne Zwischenlandung nach Rom. Deutscherseits sind die Vorbereitungen soweit gediehen, daß diese äußerst wichtige internationale Flugstrecke im kommenden Frühjahr eröffnet werden kann.

Atlantis.

Von Hans Dominik.

Hans Dominik, wohl jedem Zeitungsleser als schriftstellerischer Interpret der Technik bekannt, hat in den letzten Jahren drei große Zeitungsromane geschrieben, die ihn Jules Verne und Bellamy an die Seite stellen. Wir lassen im Nachstehenden einen interessanten Aufsatz Dominiks folgen, der den Grundgedanken seines neuen Romans „Atlantis" erläutert. Der Roman handelt von der Wiedergeburt des versunkenen Erdteils Atlantis durch die Erfindung der telenergetischen Konzentration.

Im frühen Morgenrot der menschlichen Geschichte finden wir unerwartet und unvermittelt am Südufer des Mittelländischen Meeres die hochentwickelte ägyptische Kultur. Während die Menschen Europas im vierten Jahrtausend v. Chr. noch tief in der Steinzeit stecken und hordenweise zusammenleben, besteht hier in Aegypten ein mächtiges Reich, das vorzüglich verwaltet wird, und in dem alle Künste und Wissenschaften blühen. Längst sind hier eiserne Werkzeuge im Gebrauch. Die Architekten verstehen es, ihre Werksteine nach klaren geometrischen Formen auf den Millimeter genau zu behauen und zu schleifen und Bauwerke zu errichten, die heute noch unser Staunen erregen. Schon im Jahre 3000 v. Chr. befahren ägyptische Segelschiffe den Nil und das Meer. Schon um diese Zeit existiert eine Bilderschrift, und die ägyptischen Priester verfügen über astronomische Kenntnisse, die in ähnlicher Vollkommenheit erst 4500 Jahre später wieder erworben wurden. Wo kommt diese einzigartige Kultur her? Dann müsse sie dort wenigstens zwei bis drei weitere Jahrtausende zu ihrer Entwicklung benötigt haben, und wir müssen den Beginn des ägyptischen Reiches etwa in das Jahr 7000 v. Chr. Geburt setzen.

Oder sollte diese Kultur nicht autochton sein? Nicht auf ägyptischen Boden gewachsen, sondern von irgend einer anderen Stelle hierher verpflanzt sein? Dann müßten wir doch auch irgend welche Spuren dieses anderen Kulturzentrums finden, und die sind nicht vorhanden. Aber wir kennen die uralten Ueberlieferungen der ägyptischen Priesterschaft. Kein geringerer als Plato hat sie aufgezeichnet und sie so der Nachwelt erhalten. Der Bericht von Atlantis, einer großen und wundervoll furchtbaren Insel, die ungefähr zwischen den Azoren und den Kanarischen Inseln lag und in einer einzigen Nacht in einer furchtbaren Seebebenkatastrophe vom Ozean verschlungen wurde. Vorher aber war Atlantis die Herrscherin des Meeres. Unter der Regierung der Königin Peithe, etwa im sechsten Jahrtausend v. Chr., stand das Reich in höchster Blüte. Da sandte das Mayavolk, welches die Insel bewohnte, seine Flotten nach allen Seiten hin über die See und legte Kolonien an, wie es Jahrtausende später die Phönizier und die anderen großen Kolonialvölker taten.

Damals wurde nach der Ueberlieferung Platos im Niltale die Mayakolonie Aegypten gegründet. Aber die atlantischen Flotten und Siedler kamen noch viel weiter. Sie umsegelten das Kap der guten Hofnung, landete in Indien und legten Pflanzenstädte an. Sie drangen nach Hinterindien, ja bis nach China vor. Und nach der anderen Seite hin kreuzten ihre Schiffe bis nach Südamerika und trugen ihre alte Mayakultur auch dort hin, wo sie in den Inkareichen noch blühte, bis die spanischen Konqistatoren das Land eroberten und verwüsteten. Der Bericht Platos ist so bestimmt und positiv gehalten, daß wir mehr als eine unverbürgte Sage in ihm erblicken müssen. Eine unmittelbare Stütze findet er weiter in den Ueberresten eben jener Mayakultur, auf die unsere Forscher auch heute noch in den indischen Djungeln, den chinesischen Wüsten und den amerikanischen Urwäldern treffen. An diesen so verschiedenen Stellen des Erdballes finden sich die Ruinen uralter Bauwerke, die sich in den Formen überraschend ähneln und fast zwingen auf einen gemeinsamen Ursprung hinweisen. Da sind den ägyptischen Pyramiden die Pyramiden Indiens und Südamerikas an die Seite zu stellen. Aber auch andere Bauten von tempelartigem Charakter zeigen die gleiche Verwandtschaft. Und was das allermerkwürdigste ist, sogar die Bilderschriften an diesen Bauwerken zeigen Aehnlichkeiten, die unmöglich nur ein Spiel des Zufalls sein können.

Gegenüber solchen Beweisstücken kann man sich der Wahrheit der Atlantissage kaum verschließen. Nimmt man sie einmal als wahr an, dann haben wir eine befriedigende Erklärung für das plötzliche Auftreten einer fertigen Kultur in Aegypten. Dann ist das ägyptische Reich einfach eine große, ja vielleicht die größte Kolonie von Atlantis, die selbstverständlich von Anfang an über alle kulturellen Errungenschaften des Mutterlandes verfügte und als großes Kulturzentrum übrig blieb, nachdem Atlantis in die Tiefe gesunken war.

Aber ist ein solches plötzliches Versinken einer Insel, die doch wenigstens die Größe der englischen Insel gehabt haben muß, wahrscheinlich oder auch nur möglich? Verträgt es sich mit unseren heutigen geologischen Anschauungen und Theorien?

Die gegenwärtige Gestaltung der Erdoberfläche wird am besten von der heute allgemein anerkannten Wegnerschen Theorie erklärt. Nach dieser Theorie schwimmen die Kontinentalschollen in einem zähen Untergrund, der als Tiefseeboden freiliegt. Dieser Untergrund besteht in der Hauptsache aus Silizium- und Magnesiumverbindungen und wird deshalb von Wegner kurzweg als Sima bezeichnet. In ihm schwimmen die etwas leichteren Kontinentalschollen, auch wohl Sialschollen genannt, weil sie hauptsächlich aus Silicium- und Aluminiumverbindungen bestehen, ähnlich wie etwa die Eisberge im Wasser. Diese Schollen sind nun unter dem Einfluß der Flutkräfte und der Zentrifugalkräfte auf einer beständigen Wanderung begriffen. Dabei hat sich vor vielen hunderttausend Jahren die amerikanische Scholle von der europäisch-afrikanischen losgerissen und ist nach Westen getrieben, während der dreieckige Zipfel Grönland sich freimachte und ungefähr in der Mitte blieb. Die trigonometrischen Messungen haben zweifelsfrei erwiesen, daß Grönland auch heute noch in jedem Jahre um 90 Meter nach Westen schwimmt.

Bei dieser früheren gewaltsamen Auseinanderreißung der beiden großen Kontinentgruppen sind nun einzelne Sialbrocken unterwegs stecken geblieben. Sie haben sich, als einst jener Riß entstand, der sich im Laufe der Zeiten zum Atlantischen Ozean verbreiterte, sozusagen selbständig gemacht, sind Inseln geworden. Die Azoren und die Kanarischen Inseln sind ebenso Beispiele dafür wie die westindischen Inseln. Schneidet man nun die Konturen der amerikanischen Ostküste und der afrikanisch-europäischen Westküste nach der Darstellung auf dem Globus aus und schiebt sie wieder zusammen, so ist es in der Tat erstaunlich, wie genau sie überall zusammenpassen, und wie auch die geologischen Formationen übereinstimmen. Der Kohlenstrich Polen-Westfalen-Südengland-Pensylvanien und der Diamantstrich Südafrika-Brasilien sind eklatante Beispiele dafür.

Es könnte zunächst fast scheinen, als ob nach dieser Theorie für ein Atlantis zwischen den beiden Kontinentgruppen kein Platz wäre. Es darf auch als sicher gelten, daß die sagenhafte Atlantis kein großer Erdteil, sondern nur eine größere Insel gewesen ist. Macht man aber diese Einschränkung, dann findet sich zwischen den Küstenlinien in ihrer heutigen Form recht wohl der Platz für eine verhältnismäßig schmale und langgestreckte Insel, die von den Azoren über die Kanarischen bis zu den Cap Verdischen Inseln gereicht haben mag, und deren höchste Bergspitzen eben diese heute noch aus der See ragenden Inseln sind. Es ist auch wohl denkbar, daß diese Atlantisscholle im Laufe ihrer Bewegung in eine labile Lage geriet, wie es ja auch bisweilen bei schwimmenden Eisbergen der Fall ist. Ein Eisberg sucht dann in plötzlichem Sturz eine andere stabile Lage. Bei der Insel Atlantis müßten wir dagegen annehmen, daß die kippenden Kräfte im Laufe der Jahrtausende immer größer wurden, und daß dann schließlich ein Seebeben jene Katastrophe herbeiführte, von der Plato berichtet.

Im allgemeinen vollziehen sich diese geologischen Bewegungen zweifellos unendlich langsam. Man braucht nur an die skandinavische Scholle zu erinnern, die sich heute noch um jährlich etwa einen Zoll hebt, obwohl das Eis, welches sie einst niederdrückte, schon seit 15 000 Jahren geschmolzen ist. Bisweilen aber vollziehen sich solche Vorgänge auch revolutionär. Sind doch schon 4000 Meter hohe Vulkane im Laufe von 24 Stunden emporgestiegen und ganze Inseln im Zeitraum von Sekunden explodiert, wenn Feuer und Wasser in ihrem Innern zusammenkamen. Vielleicht auch hat eine solche geologische Dampfkesselexplosion von ungeheuren Ausmaßen einst Atlantis dahingerafft.

Die hier kurz behandelten Probleme und Theorien bilden die technische Grundlage für den phantastischen Roman „Atlantis" des Verfassers. Beherrscht die Menschheit erst einmal die unendlich starke Quelle der Atomenergie, so kann es wohl möglich werden, die Natur in großem Ausmaße zu korrigieren. Dann kann wohl eines Tages der versunkene Grund, auf dem einmal Vineta stand, wieder zum Tageslicht emporsteiegn und auch die versunkene Meereskönigin Atlantis kann von neuem aus den Wogen des Ozeans auftauchen. Neues Land mit glücklichen klimatischen Bedingungen kann für neue Siedlungen gewonnen werden. Wie das alles wohl vor sich gehen könnte, schildert der erwähnte Roman.

Vom Film.

Lichtspiele zur Reichskrone.

Was bei den beiden amerikanischen Filmen auffällt, ist die Schlichtheit in der Aufmachung, worauf der Amerikaner sonst ein großes Gewicht legt. Dafür tritt die eigentliche Handlung mehr in den Gesichtskreis. Als bester dürfte der Filmstreifen „Großmutter" anzusprechen sein, wenn er auch sehr zum Sentimentalen neigt. Der Zuschauer wird aber voll befriedigt, den es ist ja alles vorhanden, was zum Kinostück gehört: Glückliches Familienidyll — Zwistigkeit der Ehe — ein Ehebrecher — ein Totgesagter — glückliches Wiedersehen. Der Film versteht es aber, das Publikum in bester Weise zu unterhalten, weil erste Schauspieler die Rollen besetzen. Mary Pickford zeigt in „Sonne im Herzen" ihr großes Schauspielertalent. Als verlassene Waise muß sie durchs Leben pilgern, doch weicht die Sonne nicht aus ihrem Herzen. Auch sie findet später eine glückliche Heimat. — Köstlich ist das Lustspiel. Der Zweiakter „Ein lustiges Sanatorium" entlockt den Zuschauern wahre Lachsalven.

—oo—

Vom Büchertisch.

Alle unter dieser Rubrik besprochenen Bücher sind in der Buchhandlung Carl Braus zu haben.

Wie ziehe ich meine Forderungen ein? Von Dr. W. H. Stern, Rechtsanwalt. Verlag W. P. Henning, Berlin C. 2, Burgstraße 30. Preis 1.40.

Der Verfasser will dem Gläubiger die Möglichkeit geben, die gerichtliche Beitreibung seiner rückständigen Forderungen selbständig zu führen, damit er so unter Aufwendung geringer Kosten Aussicht hat, seine Außenstände hereinzubekommen. Die hierzu nötigen Kenntnisse des Prozeß- und bürgerlichen Rechtes vermittelt die vorliegende Schrift in einfachen, klaren Ausführungen. Das Verfahren vor dem Amtsgericht mit der vorausgehenden Mahnung einschließlich der sachlichen und örtlichen Zuständigkeit und die Verwirklichung des Klageanspruchs im Vollstreckungsverfahren werden unter Beifügung von Formularen, einer Gerichtskosten-Tabelle und der hauptsächlichsten Verjährungsfristen besprochen. Wir können die Anschaffung nur bestens empfehlen.

Humoristische Ecke.

Als Robinson vom Pferderennen zurückkam, überreichte er seiner Gattin zehn Pfund mit den Worten: „Dies Geld habe ich heute am Toto gewonnen, kaufe dir dafür das Kleid, das du dir gewünscht hast!"

Seine Frau nahm das Geld, bemerkte aber mit Strenge: „Mich schaudert bei dem Gedanken, Geld zu nehmen, das auf solchem Wege erworben ist. Versprechе mir, Henry, nicht mehr zum Toto zu gehen, sobald du das Geld für den Hut zusammen hast, der zu dem Kostüm gehört! Ich wünsche nicht, einen Spieler zum Ehemann zu haben!"

Die Manöver der blauen und der roten Armee waren beendet. Man unterhielt sich über ihren Verlauf.

„Ich habe an den Monövern teilgenommen," bemerkte ein geschwätziger Fremder. „Ich war bei der blauen Armee."

„Erzählen Sie uns darüber", bat ein anderer.

„Gut. Also am ersten Tage nahm ich einen Offizier der roten Armee."

„So?"

„Und am nächsten Tage neun Mann!"

„Donnerwetter!"

„Ja; und am dritten Tage eine ganze Menge Transportfuhrwerke und eine Reihe schwerer Geschütze!"

„Das ist ja erstaunlich!" sagte ein Zuhörer, „in welcher Eigenschaft waren Sie denn dabei?"

„Als Photograph!" erwiderte der Fremde.

*

„Sie tragen diesen Hut seit drei Jahren? Wundervoll! Er sieht noch wie neu aus!"

„Ja, drei Jahre trage ich ihn schon. Einmal habe ich ihn umformen lassen; dann ließ ich ihn reinigen und das dritte Mal verwechselte ich ihn im Restaurant mit einem besseren."

*

Die verkannte Speisekarte.

Der Engländer, der kein Deutsch kann, studiert in dem feinen Restaurant eingehend die Speisekarte, winkt dann den Kellner herbei und macht ihm mühselig klar, daß er davon etwas haben wolle. Der Kellner aber erwidert in fließendem Englisch: „Tut mir leid, mein Herr, aber die Kapelle spielt gerade das, was Sie haben möchten."

Freitag, den 29. Januar 1926

Schluss des Schuhwaren-Total-Ausverkaufs

wegen Aufgabe. Versäumen Sie nicht diese günstige Kaufgelegenheit noch wahrzunehmen. **Bis Samstag, den 30. Januar dauern die**

billigen Reste- und Kurzwaren-Tage

Für Pfennige kaufen Sie zu und unter Friedenspreise.
Besonders billige Extra-Auslagen.

Küster / Schwerte

Das führende Haus für Qualitätswaren.



Seefische

Grüne Heringe prima Ware 5 Pfd. nur 80 Pfg.
Schellfisch Pfd. 24 Pfg.
Fettbückinge Pfd. 35 ₰, 5 Pfd.-Kiste 150 ₰
Fischmarinaden wie Bratheringe Stck. 14Pfg. Bismarckheringe Stck. 13, Rollmöpse Stck. 12Pfg
in 2 Pfd. Dosen nur 1.10 Mark.

Adolf Kalsbach.

Spezialbehandlung!

Magen-Darmkrankheiten!!

Rud. Kley, Unna
Homöopathie — Augendiagnose
Jeden Dienstag, Schäferstraße 16.
9–12, 2–4. (13 Jahre Praxis)

Technikum Lemgo i. Lippe
Höhere techn. Lehranstalt
Ingenieur, Techn., Werkmst. Staatskommiss.
Programm frei

Im „Kaiserhof"

Heute ab 5 Uhr
Stimmungs-Musik
der bekannten und beliebten Hauskapelle
im „Kaiserhof"
von 11—1 Uhr vorm.
Matiné

Junges Mädchen
vom Lande sucht
Stellung
im bürgerlichen Haushalt.
Zu erfr. in d. Geschäftsstelle d. Ztg. 318

Großes leeres
Zimmer
im Neubau, evtl. auch möbl., sofort zu vermiet.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle dieser Ztg. 313

Ia. Eiderfettkäse
9 Pfd. Mk. 6.- franko
Dampfkäsefabrik Rendsburg. 195

Kinderzeitung „Der kleine Coco" oder Lachzeitung „Fips" gratis!

Preis ½ Pfd. nur 50 Pfg.



Rahma
buttergleich

Voller Buttergenuss, aber nur halber Butterpreis!

Kalender

25% im Preise herabgesetzt,
solange der Vorrat reicht

Buchhandlung C. Braus

Wir vermitteln Personal-Anzeigen für die „Gartenlaube"

zum Wertpreis von 15 Pfennig. Spesen berechnen wir nicht!

Bedienen Sie sich also unserer Vermittlung, wenn Sie Personal für Haus und Familie oder Stellung im Haushalt suchen. Sie sparen Zeit, Geld und Mühe!

Die »Gartenlaube« ist die größte Zeitschrift ihrer Art und als hervorragendes Mittel für Personalanzeigen bekannt!

Buchhandlung Carl Braus
Schwerte, Bahnhofstraße 3.

Wohnhaus

in günstiger Lage der Stadt preiswert zu verkaufen, **10 Zimmer, 2 große Stallungen** und großer **Hofraum.** Für Kohlengeschäft od. Altwarenhandlung und dergl. besonders geeignet. **3 Zimmer-Wohnung** kann frei gemacht werden. 5000 M Anzahlung erforderlich.

Angeb. unt. St. Nr. 312 an d. Expedit. d. Ztg.

---

5 bis 6 Damen
zum Reisen gesucht.
Meldung: Mittwoch, den 27. 1. Mühlenstr. 15 erbeten.

Im „Kaiserhof"

Heute ab 5 Uhr
Stimmungs-Musik
der bekannten und beliebten Hauskapelle
im „Kaiserhof"
von 11—1 Uhr vorm.
Matiné